

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3.00 Mk. monatl. 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat
Eingetragen in die Post-Verzeich-
nisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2.00 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Schweden, Italien, Luxemburg, Portugal,
Kolumbien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Fehlzeit für die sechs wöchentlichen
Ausgaben über deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche
Berichte und Sammlungen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“ das selbige
Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2 selbige
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
Stellenangebote und Geschäfts-
angelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 2. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Artillerie-, Luft- und U-Boot-Kämpfe.

Ein Anfang.

Die Besprechung, die sich an die Verlesung der Thronrede im englischen Unterhause knüpfte, gab den Genossen Snowden und Jowett, den Liberalen Trevelyan, Bonsonby, Duthwaite und dem Unionisten Mason Gelegenheit, vor den Gefahren eines Krieges bis ans Ende zu warnen und von der Regierung die Veröffentlichung der Kriegsziele zu fordern. Die bedeutendste Rede scheint die des Genossen Snowden gewesen zu sein, deren Inhalt sehr bald auch in Deutschland bekannt wurde. Sie verlangte unter Anknüpfung an frühere Worte Asquiths und Bonar Law's, daß das Gerücht von der Verschmierung Deutschlands aufhören solle. Ein Friede, der begleitet sein sollte von neuen unberechtigten und unbefriedigten Ansprüchen, wobei die kleineren Nationen noch weiteren Angriffen ausgesetzt und neue Rüstungen bevorstehen würden, könnte kein dauernder sein, sondern eine unheilvolle Verwirklichung der Prophezeiungen des russischen Finanzmannes Bloch in seinem Buche über das militärische Schachmatt eines europäischen Krieges. Man hoffe auf einen Sieg durch Erschöpfung, ohne zu bedenken, was dabei auch aus den Ententemächten werden würde. Der Gedanke an eine Vertiefung der deutschen Handelsflotte unter die Entente, an eine Verschmierung Deutschlands und Entzweiung der deutschen Handelsflotte sei Torheit. Rücklichtlose Unterwerfung Deutschlands würde die schlimmste Vorbereitung für den Frieden sein, die Allianzen gegen Deutschland würden dabei auch zerbrechen und ein neuer Krieg nur eine Frage der Zeit sein.

Das von Snowden und Trevelyan eingebrachte Amendement zur Thronrede lautete folgendermaßen:

„Und dieses Haus wünscht ferner ehrerbietig anheimzustellen, daß Seiner Majestät Regierung, nach Besprechung mit unseren Alliierten, die allgemeinen Bedingungen besanftigen sollte; unter denen sie gewillt sein würde, in Verhandlungen einzutreten mit der Absicht, einen gerechten und dauernden Friedensvertrag zu sichern.“

Der liberale Abgeordnete Bonsonby schlug ein ähnliches Amendement vor:

„Und dieses Haus wünscht ferner ehrerbietig anheimzustellen, daß, da die Fortsetzung des Krieges, die beispiellose Verwüstung, Leiden und Ruin in ganz Europa bedingt, nicht allein die Ziele, für die das Land kämpft, erreichen kann, die Regierung die Bedingungen besanftigen sollte, unter denen sie bereit sein würde, in Verhandlungen einzutreten mit der Absicht, die Feindseligkeiten zu beenden und einen gerechten und dauernden Vertrag zu sichern, der gegründet ist auf der Etablierung des obersten Territoriums, dem Respekt vor dem Rationalitätsprinzip und auf Vorkehrungen für die Errichtung eines internationalen Tribunals, dem in Zukunft diplomatische Streitigkeiten unterbreitet werden sollen.“

Das dritte Amendement des Genossen Jowett bewegte sich ungefähr in der Richtung des Antrages von Bonsonby; es forderte die Regierung noch besonders auf, die Bereitwilligkeit der Alliierten auszudrücken, die guten Dienste neutraler Nationen anzunehmen zum Zweck der Erzielung eines Uebereinkommens zwischen den Kriegführenden.

Der Premierminister Asquith erwiderte sofort, und seine Antwort ist typisch für die ganze Situation, die der Krieg geschaffen hat. Nachdem er die Behauptung aufgestellt hatte, daß Snowden und Trevelyan nicht für die demokratische öffentliche Meinung sprächen, ging er auf die Rede selbst ein. Sie gehe von der Voraussetzung aus, daß in Deutschland ein wahrhafter Wunsch nach Frieden vorhanden sei. Worauf früge sie sich? Der Reichskanzler scheine gesagt zu haben, er sei durchaus gewillt, eine Annäherung von anderer Seite willkommen zu heißen. Jeder Mann würde bereit sein, Annäherungen von anderer Seite willkommen zu heißen, aber der Kanzler habe nicht angedeutet, daß er bereit sei, die Initiative zu ergreifen. Auf die Frage Trevelyans, warum er nicht die englischen Friedensbedingungen bekanntgebe, antwortete Asquith mit der Wiederholung der bekannten, am 9. November 1914 in Bristol aufgestellten Bedingungen: Wir werden niemals das Schwert, das wir nicht leicht gezogen haben, wieder in die Scheide stecken, bis Belgien (und ich will hinzufügen Serbien) in vollem Maße alles und mehr als alles, das sie geordert haben, wieder erlangen, bis Frankreich ausreichend gegen einen Angriff gesichert ist, bis die Rechte der kleineren Nationen Europas auf eine unangreifbare Grundlage gestellt sind, und bis die Militärherrschaft Preußens gänzlich und endgültig vernichtet ist. Erst wenn ein Friede auf diesen Grundlagen in Sicht und zu erreichen ist und nicht eher werden wir oder einer unserer tapferen Alliierten auch nur ein Jota davon ablassen, diesen Krieg weiterzuführen.

Wenn diese Worte einen Sinn haben, wenn sie nicht als Phrasen angesehen werden sollen, so bedeuten sie den Erschöpfungskrieg, oder besser gesagt, den unendlichen

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 1. März 1916. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerietätigkeit war auch gestern an vielen Stellen der Front sehr rege, besonders auf feindlicher Seite. An mehreren Stellen verfolgte der Gegner damit freilich nur Täuschungszwecke. Dagegen schien er im Pfzer-Gebiet, in der Champagne, sowie zwischen Raas und Rosel bestrebt zu sein, uns ernstlich zu schädigen. Er erreichte das Ziel nicht.

Im Luftkampf wurde ein englischer Doppeldecker bei Menin bezwungen, die Insassen sind gefangen. Zwei französische Doppeldecker holten die Abwehrgeschäfte herunter, den einen bei Bezaumont, nordwestlich von Soissons, Insassen gefangen, den anderen dicht südwestlich von Soissons, Insassen wahrscheinlich tot.

Ein von dem Leutnant der Reserve Kühn geführtes Flugzeug, Beobachter Leutnant der Reserve Haber, brachte einen militärischen Transportzug auf der Strecke Besancon-Jussen durch Bombenabwurf zum Halten und bekämpfte die ausgelegene Transportmannschaft erfolgreich mit seinem Maschinengewehr.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Deutsche U-Boots-Erfolge.

Amtlich. Berlin, 1. März. (W. Z. S.) Von unseren U-Booten wurden zwei französische Hilfskreuzer mit je vier Geschützen vor Le Havre und ein bewaffneter englischer Bewachungsdampfer in der Themsemündung versenkt.

Im Mittelmeer wurde laut amtlicher Meldung aus Paris der französische Hilfskreuzer „La Provence“, der mit einem Truppentransport von 1800 Mann nach Saloniki unterwegs war, versenkt. Nur 696 Mann sollen gerettet sein.

Das am 8. Februar an der Syrjischen Küste versenkte französische Kriegsschiff war, wie die Meldung des zurückgekehrten U-Bootes ergibt, nicht das Linienschiff „Suffren“, sondern der Panzerkreuzer „Admiral Charner“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 1. März. (W. Z. S.) Amtlich wird verlautbart: Die Lage ist überall unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Krieg. Denn selbst angenommen, es würde den Heeren der Alliierten möglich sein, die besetzten Teile von Belgien und Frankreich wiederzuerobern, so wäre dadurch noch nicht „die preussische Militärherrschaft gänzlich und endgültig vernichtet“. Schon die Rückgewinnung der besetzten Gebiete würde ungeheure Opfer auf allen Seiten kosten, und sie würde sich, wenn überhaupt, sicherlich nur außerordentlich langsam vollziehen können. Aber der englische Ministerpräsident ist damit nicht zufrieden, sondern will erst noch den preussischen Militarismus niederzwingen, und das nachdem die Regierung eben den ersten Schritt zur Errichtung des englischen Militarismus getan hat.

Herr Asquith hat zu oft Beweise seiner Klugheit gegeben, als daß man annehmen dürfte, er übersehe nicht die Tragweite seiner „Friedensbedingung“. Wir gehen also wohl nicht fehl, wenn wir das Hauptgewicht auf den ersten Satz legen, der eine Kritik an den Regierungen der Zentralmächte, aber auch ungewollt eine scharfe Selbstkritik enthält. „Jedermann wird bereit sein, Annäherungen von anderer Seite willkommen zu heißen.“ Das heißt: keiner will seine wirklichen Pläne enthüllen, niemand will die Initiative in der Veröffentlichung der tatsächlichen Kriegsziele ergreifen aus Furcht, es könne als Schwäche gedeutet werden. Auch die Forderung der Vernichtung des preussischen Militarismus ist nur als ein Versuch, eine Abzweigung in bezug auf die Kriegs-

ziele zu verhindern, zu bewerten. Sie ist eine Phrasen, ein Bluff.

Selbst ein liberales englisches Blatt, das also der Regierung sehr nahe steht, der „Manchester Guardian“, macht auf das Widerspruchsvolle der Rede Asquiths aufmerksam. Um dieses ehrgeizige Programm zu erfüllen, sei die letzte Forderung, die Verschmierung des preussischen Militarismus, die Vorbedingung. Augenblicklich lägen die Friedensbedingungen ganz außerhalb des Machtbereichs der Alliierten. Stimme man den von Asquith aufgestellten Friedensbedingungen zu, so müßte das Gerücht über den Frieden aufhören. Spräche man vom Frieden, so müßte man die Bedingungen verworfen, da sie, wie nunmehr mit Bestimmtheit gesagt werden könne, mit einem jetzt oder später zu schließenden Frieden unvereinbar seien. Wenn man dagegen die Bedingungen nicht nur als ein Ideal, sondern als etwas Erreichbares ansehe, dann tue man besser daran, den Krieg fortzusetzen und den Blutverlust und das Elend weiterzutragen. „Wenn man glaubt, daß die militärische Entwicklung an einem toten Punkt angelangt ist, über den man nicht hinwegkommen kann, dann wäre es Pflicht jedes Menschen, der sein Vaterland liebt, zu versuchen, einer Marter, die zu nichts führen kann, ein Ende zu machen.“

Diese Auslassungen sind vor allem deshalb bemerkenswert, weil sie beweisen, wie falsch es wäre, mit Asquith anzunehmen, daß die Friedensbestrebungen der Snowden, Jowett, Trevelyan und Bonsonby keinen Widerhall im Unterhause finden. Im englischen Bürgertum sind, wie auch die Tätigkeit der Vereinigung für demokratische Kontrolle beweist, bereits Strömungen vorhanden, die von einer Fortsetzung des Krieges ins Ungeheure keine Förderung der Interessen des Landes erwarten. Sie sind als Anfänge einer Friedensbewegung nicht zu unterschätzen.

Größeren Wert muß man jedoch auf das mutige Vorgehen der Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei legen. Die Tatsache, daß Snowden und Jowett die Anträge im Unterhause einbrachten und in ihren Reden ihre Stellung zu den Kriegszielen ausführlich begründeten, läßt darauf schließen, daß sie sich zu einer größeren Aktionsfreiheit durchgerungen haben. Sie nehmen offen Stellung gegen die Mehrheit der parlamentarischen Arbeiterpartei. Sie sind noch in der Minderheit, und Vertreter der Mehrheit zögerten nicht, im Parlament von ihnen abzurücken. Aber hinter ihnen stehen die Anhänger der Unabhängigen Arbeiterpartei und, wie aus einer Resolution des Exekutivkomitees der Britischen Sozialistischen Partei hervorgeht, auch die eigentlichen englischen Sozialisten. Wie weit sie auf die Sympathien und die Unterstützung der nicht zu diesen Organisationen gehörenden oder überhaupt nicht organisierten Arbeiter rechnen dürfen, können wir hier nicht beurteilen, um so weniger als bisher nur die telegraphischen Berichte über die Parlamentsverhandlungen und die Vorkämpferungen vorliegen. Man darf aber ohne weiteres annehmen, daß die Anhänger der beiden Genossen nicht ganz so klein und unbedeutend ist, wie die rechtsstehenden Kreise in England wie in Deutschland glauben machen wollen.

Die Ministerreden der letzten Zeit haben aufs deutlichste gezeigt, daß die Völker in eine Sackgasse geraten sind, und die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß die einzige Möglichkeit, aus ihr herauszukommen, nicht in der Fortsetzung des Krieges bis ans Ende, sondern in der Zusammenfassung der inneren Kräfte liegt. Das setzt eine lange und mühevolle Arbeit voraus und erfordert von jedem einzelnen Mut und Hingabe. Auch unsere englischen Genossen sind sich dessen bewußt, denn der „Labour Leader“ bereitet die Antragsteller darauf vor, daß sie als Vaterlandsfeinde denunziert werden würden. Um so mehr dürfen wir uns freuen, daß sie trotzdem den Weg beschritten haben, den ihnen Gewissen und politische Ueberzeugung vorschrieb, und wir können darauf vertrauen, daß sie die einmal eingeschlagene Richtung konsequent beibehalten werden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 1. März. (W. Z. S.) Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag. Nördlich von Verdun ging die Beschließung in kräftiger Welle weiter. Im Abschnitt Salk der Maas wurden im Laufe der Nacht die heftigen östlichen Angriffe mehrmals in der Gegend des Dorfes Douaumont erneuert. Dabei kam es zum Handgemenge. Die Angriffe wurden von unseren Truppen abge schlagen. Im Woivre gelang es den Deutschen nach einer kräftigeren Artillerievorbereitung, das Dorf Manheulles zu erobern. Ein sofortiger Gegenangriff brachte uns wieder an den Westrand des Dorfes, das wir unter Feuer halten. In Lothringen drang der Feind mit kleinen Abteilungen in einen vorgehenden Graben ein, aus dem er bei-

nähe sofort vertreiben wurde. Vom übrigen Teil der Front ist nichts zu melden.

Paris, 1. März. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Dienstag abend. Zwischen Soissons und Reims hat unsere Artillerie wichtige Punkte hinter der feindlichen Front beschossen. In der Champagne zerstörten unsere Batterien feindliche Werke in der Gegend der Höhe 183. Westlich von Soissons die Champagne sprengten die Deutschen eine Mine, deren Trichter wir jedoch besetzten. In der Gegend von Verdun dauerte der Geschützkampf an der Nordfront mit geringerer Festigkeit als in den letzten Tagen an; Infanteriegefecht wird nicht gemeldet. Im Laufe des Tages verhängten die Deutschen sich auf dem nördlichen Abhänge der Côte Poivre, deren vorderster Stamm durch unsere Vortruppen besetzt ist. Wir unterhielten ein heftiges Feuer auf Comogneux, wo ein feindliches Bataillon verammelt war. An verschiedenen Punkten unserer Front im Woivre hinderte unser Artilleriefeuer die vorbereiteten feindlichen Angriffe an der Entwidlung. In den Morgenstunden wurde die Artillerietätigkeit in der Gegend von Senones und Van de Sapt. Westlich von Seypois vortrieben wir durch einen Gegenangriff einige feindliche Truppen aus den Gräben, in die sie im Laufe des Vormittags eingedrungen waren.

Belgischer Bericht: Lebhaftere Artillerietätigkeit, besonders in der Gegend von Dignuiden. Im Laufe des Nachmittags zerrissen zwei deutsche Drachendallons von unserer Front ihre Kabel und stürzten ab, der eine ins Meer, der andere in der Gegend von Coudekerque. Die Luftschiffe wurden gefangen genommen.

Die englische Meldung.

London, 29. Februar. (B. Z. B.) General Haig meldet: Heute beschloß unsere Artillerie die feindlichen Gräben bei Opillers, Antuille und Fromelles. Es herrschte auf beiden Seiten eine beträchtliche Artillerietätigkeit bei Noyon. Ein deutsches Albatros-Flugzeug wurde hinter unseren Linien bei Verbillie veruntermgehoht. Ein anderes deutsches Flugzeug überflog sich und fiel in Flammen hinter den deutschen Linien herab.

Briand über die militärische Lage.

Paris, 29. Februar. (B. Z. B.) Meldung der Agence Sabas: „Egare“ schreibt: Ministerpräsident Briand erklärte gestern abend in den Wandelgängen der Kammer und erklärte, die militärische Lage sei gut; die Truppen seien von Eifer befeuert, starke Reserven seien bereit, dem stärksten Stoß auszuweichen.

Bern, 29. Februar. (B. Z. B.) In Besprechung der Lage bei Verdun beschäftigten sich alle Kritiker mit Vermutungen. Noufflet erklärt in „Petit Parisien“, daß wenn mit dem ziemlich überraschenden Angriffe in der Champagne eine Diversion beabsichtigt sei, diese einen lässigen Erfolg bedeuten würde. Er tröstet die Leser aber, daß man jetzt wisse, daß die Hauptanstrengung der Deutschen gegen Verdun zielt und alles Uebrige nur den Wert einer Demonstration besitze. Hervé warnt in „Sicire“ eindringlich, aus einer augenblicklichen Kampfpause etwas zu schließen, daß den Deutschen der Atem ausgegangen sei, vielmehr würden sie sehr wahrscheinlich das gewonnene Gebiet besetzen und Artillerie heranschaffen, um von neuem nimmer die von den Franzosen besetzten paar Kilometer unter Feuer zu nehmen und von der Infanterie säubern zu lassen. Ganz Frankreich erwarte mit Beklemmung die nächsten Berichte.

Beforgnis in Rom.

Lugano, 29. Februar. (Z. U.) Die Mailänder Abendblätter füllen auf Grund Pariser Meldungen die Behauptung auf, daß sich die Lage der Franzosen um Verdun verbessert habe und keinerlei Gefahr mehr vorhanden sei. — Die römischen Kreise verfolgen angeblich die Entwicklung der Vorgänge bei Verdun mit Besorgnis. Die Interventionisten befürchten, daß wenn die Franzosen nicht heute oder morgen entscheidende Vorteile erringen, die Neutralisten nicht mehr mit Fortgerissen werden können, für eine neue Kriegserklärung Italiens einzutreten. Die parlamentarische Situation sei überhaupt vollständig abhängig von den Ereignissen bei Verdun.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 1. März. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 29. Februar 1916: Westfront: Im Abschnitt von Dänaburg bei dem Dorfe Garbunowia und nördlich der Eisenbahn nach Poniowicz schlugen unsere Abteilungen deutsche Vorposten zurück und kamen etwas vor. Bei Nissen am Meddum-See und südlich dieses Sees gingen die Deutschen in starken Schützenketten gegen unsere Gräben vor, mußten aber unter unserem heftigen Feuer wieder zurück.

Schwarzes Meer: Im Küstengebiet gestreute ein Torpedoboot durch Artilleriefeuer eine auf der Straße längs des Strandes marschierende Kolonne.

Kaukasusfront: Der türkische Generalstabbericht vom 21. Februar behauptet, daß sich der Rückzug der türkischen Armee aus Erzerum in die westlich gelagerten Stellungen ohne Verlust vollzogen habe und daß die Türken nur 50 alte Geschütze, die nicht mitgenommen werden konnten, in der Festung stehen gelassen hätten. Gleichfalls dementiert das türkische Hauptquartier die Berichte, daß wir bei der Einnahme von Erzerum 50 000 Gefangene gemacht und 1000 Geschütze erbeutet haben. Derselbe türkische Heeresbericht betont, daß Erzerum keine richtige Festung, sondern nur eine gewöhnliche offene Stadt sei, deren Befestigungen jedes militärischen Wertes entbehren. — Angesichts dieser Versicherungen stellte die oberste Heeresleitung fest, daß Erzerum der bestbesetzte Platz türkischer Kleinasiens ist, in dem sich die große Straße nach Westen von Armenien und Anatolien und überhaupt alle besseren Straßen des türkischen Transkaukasus vereinigen. Der Ausbau der Festung wurde im Laufe der Jahre von den Türken mit deutscher Beihilfe ausgeführt. In der Front an und für sich schon durch die Geländebedingungen stark, die Planken durch schwer erreichbare Berggruppen gedeckt, deren Wälle durch starke Forts gesichert werden, bildete Erzerum eine mächtige Schranke für unsere Offensiv- und bot die Möglichkeit einer starken Verteidigung nach Nordosten und Osten. Nach einem Angriff von 5 Tagen sei diese Festung, die von den Türken mit großer Hartnäckigkeit verteidigt wurde; davon zeugt die Menge der festgefrorenen Leichen. Die Kaukasus-Armee überwand die steilen, vereisten Bergabhänge, die auch noch mit Regen von Draht- und anderen Hindernissen überspannt waren und stürmte die Festung nach Artillerievorbereitung. Der Angriff auf die Forts der Hauptverteidigungslinie dauerte vom 11. Februar bis einschließlich 15. Februar. Nachdem wir die Forts des linken Flügels der Hauptfestung, die sich über 40 Werst ausdehnte, genommen hatten, war das Schicksal der Innenforts und des linken Flügels und danach der Forts der zweiten Linie und der Hauptverteidigungswerke entschieden. Nach kurzen Angriffen blieben diese Befestigungen, die voller türkischer Leichen waren, in unserer Hand. Während des Angriffs auf die Stellung wurden mehrere türkische Regimenter teils vernichtet, teils mit sämtlichen Offizieren gefangen. In der ersten Fortsstellung erbeuteten wir 197 Geschütze verschiedenen Kalibers in gutem Zustande, in der inneren Verteidigungslinie der Festung erbeuteten wir wiederum 126 Geschütze. Im Festungsbereich von

Erzerum fanden wir zahlreich Depots verschiedenen Inhalts. Die demoralisierten Heeresstrüme gehen jetzt in Unordnung nach Westen zurück. Einzelne Armeekorps, zu drei Divisionen, haben tatsächlich eine Geschützkarte von 8000 bis 5000 Gewehren und einigen Munitionswagen. Der Rest ist gefangen, oder im Kampf und in der Kälte umgekommen.

In den letzten Vornehmungen türkischer Offiziere und Soldaten, die im Festungsbereich Erzerum und auf der Verfolgung gefangen wurden, klagen sie einstimmig ihre Heeresleitung an, die sich ganz in den Händen der Deutschen befindet. Diese hätten während des Angriffs auf die Festung Erzerum als erste den Festungsbereich verlassen, wodurch große Unordnung und Panik in den Reihen der schon erschütterten türkischen Truppen hervorgerufen wurde.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 29. Februar. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht. In der Gegend des Lagoio (nördlich vom Falzarego-Pass) eröffnete der Feind in der Nacht zum 28. Februar ein heftiges Artillerie- und Infanteriefeuer gegen unsere Stellungen. Wir erwiderten und brachten das feindliche Feuer zum Schweigen. Im Sellatalo führte eine unserer Batterien eine wirkungsvolle Beschießung gegen eine von Iggoiwitz nach Metborgeth marschierende Kolonne aus. Auf den Höhen nordwestlich von Görz beschloß in der Nacht zum 28. Februar unsere Artillerie wirksam feindliche Abteilungen in der ersten Linie, die sich gerade abließen. Auf dem Karst war gestern die Artillerietätigkeit durch den Nebel gestört. gez. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. Februar. (B. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Von den verschiedenen Fronten ist keine Meldung über irgend eine wesentliche Veränderung eingetroffen.

Eine Gegenerklärung des Prinzen Mirko.

Prinz Mirko und die in Montenegro zurückgebliebenen montenegrinischen Minister haben eine Gegenerklärung gegen die durch die Agence Sabas veröffentlichte Darstellung des nach Frankreich geflüchteten montenegrinischen Ministerpräsidenten veröffentlicht, in der sie hervorheben, daß tatsächlich die Regierung von Montenegro im Einberufen mit dem König Nikolas die Kapitulationsverhandlungen mit Oesterreich eingeleitet hätte.

Kriegsdebatte in der Sobranje.

Sofia, 29. Februar. (B. Z. B.) Die Sobranje begann heute die Kriegsdebatte. Zuerst sprach der Führer der demokratischen Partei Malinow, der im allgemeinen forderte, die Regierung möge der Opposition mehr Vertrauen schenken und sie in alle Fragen einweisen, sowie über die abgeschlossenen Bündnisverträge und die daraus entspringenden Verbindlichkeiten und Rechte aufklären. Malinow hob hervor, daß die Thronrede insofern eine Lüge aufweise, als sie bloß über die Beschießung von Debeogotch durch die Engländer und Franzosen spreche. Es sei aber kein geringerer Skandal, wenn das große Rußland die wehrlose Stadt Barua beschieße. Die Regierung müsse derart vorgehen, daß Bulgarien nach dem Kriege im rechtmäßigen Besitz aller erworbenen Gebiete bleiben könne und zu keinen Vorwürfen Anlaß vorhanden sei.

Nach Malinow sprach der Führer der Sozialisten Salazarow, der unter anderem betonte, Bulgarien dürfe angesichts der allgemeinen Lage nur eine solche Politik verfolgen, die der künftigen Entwidlung und dem Nebeneinanderleben der Balkanvölker entspreche; namentlich dürfe man nicht etwa durch Ansprüche auf die an Rumänien verlorene Provinz die erworbenen Gebiete Mazedoniens gefährden.

Die Ententeverluste in Saloniki.

Amsterdam, 1. März. (B. Z. B.) Der „Rotterdamsche Courant“ meldet aus London vom 29. Februar: Im Unterhause hat Unterstaatssekretär Tennant heute mitgeteilt, daß die Verluste der in Saloniki stehenden Truppen bis zum 29. Februar beinahe 1500 betragen.

Zur Versenkung des Hilfskreuzers „Provence“.

Paris, 29. Februar. (B. Z. B.) Meldung der Agence Sabas: Der Hilfskreuzer „Provence“, der angewiesen war, Truppen nach Saloniki zu bringen, ist am 26. Februar im Mittelmeer gesunken. Nach hier eingetroffenen Berichten wurden 206 Schiffbrüchige in Malta gelandet und ungefähr 400 von französischen und englischen Patrouillenfahrzeugen die auf den drabtolen Hilferuf herbeigeeilt waren, nach Mikos gebracht. Nach Erklärungen des Abgeordneten Bokanowsky, der dem Generalstab des Heeres zugeteilt ist, wurde weber, ebe das Schiff sank, noch während des Unterganges ein Verflopp gesehen, auch von einem Torpedo wurde keine Spur wahrgenommen, noch auch im Augenblicke der Explosion eine Wasserfäule bemerkt. Es wurde fortwährend gewacht. Die Bedienungsmannschaft der Geschütze blieb bis zum letzten Augenblick auf ihren Posten. Es befanden sich mit der Besatzung ungefähr 1800 Mann an Bord. Das Weiter war klar, es herrschte nur leichter Nebel. Das Schiff scheint an den Bordwänden beschädigt worden zu sein. Es wurde rückwärts getroffen und sank in vierzehn Minuten. Man weiß nicht, ob man die Höhe, die sich in genügender Anzahl an Bord befanden, benutzen konnte. Jein Schiffe befinden sich an der Unfallstelle. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Neuter meldet dazu ergänzend aus Paris vom 29. Februar: Daß nach einem Bericht des französischen Marinestabes um 8 Uhr nachmittags auf Mikos 499 Schiffbrüchige gelandet wurden und weitere 80 von einem Patrouillenfahrzeug dorthin gebracht werden würden. Soweit bekannt, seien im ganzen 870 Mann gerettet worden.

Englischer Dampfer gesunken.

London, 1. März. (B. Z. B.) Lloyd's meldet: Der britische Dampfer „Thornaby“ soll versenkt worden und die ganze Besatzung umgekommen sein.

London, 29. Februar. (B. Z. B.) Neuter bringt eine verspätete Meldung aus Marseille, daß der britische Dampfer „Denaby“ im Mittelmeer versenkt wurde.

Der „Daily Telegraph“ meldet, daß der Fischdampfer „Keatch“ aus Wadi gesunken sei.

Abwartende Haltung Amerikas.

Washington, 29. Februar. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau's. In der heutigen Kabinettsitzung wurde die deutsche Denkschrift besprochen. Man beschloß, die weiteren Mitteilungen abzuwarten, die von Berlin unterwegs sind und die die angeblichen Zusammenkünfte betreffen, welche den britischen Handelschiffen zum Angriff auf Unterseeboote gegeben wurden.

Zur Freisprechung der Obersten Egli und Wattenwyl.

Bärik, 29. Februar. (B. Z. B.) Der Prozeß gegen die beiden Obersten Egli und von Wattenwyl wurde nachmittags zwei Uhr fortgesetzt. Der Verteidiger des Obersten von Wattenwyl, Hauptmann Corti, hielt ein Plädoyer von über zwei Stunden, worin er zuerst den Schmerz des Angeklagten ausdrückte, daß die Angelegenheit den Ausgangspunkt eines Feldzuges gegen das Heer und die Landesinteressen bilde. Er erörterte verschiedene, vom Reuigen Dr. Langie ausgeführte Verdachtsmomente und kam zum Schlusse, daß die ganze Anklage nicht eine einzige beweiskräftige Angabe gemacht habe. Der Hauptbelastungszeuge Dr. Langie sei das Opfer von Wahrheitsstellungen, die sich vielleicht aus seiner Unkenntnis der Tatsache erklärte, daß das Bulletin des Generalstabes an die Attachés gegeben wurde und die ihm verdächtigen Nachrichten aus diesem Bulletin stammten. Wenn von Landesverrat gesprochen werden könne, dann treffe das sicher nicht auf den Obersten zu, sondern auf den unglücklichen Menschen Dr. Langie, der seinen unzutreffenden Verdacht einem fremden Militärattaché mitteilte, anstatt die Schweizer Regierung zu unterrichten. Der Verteidiger stellt fest, daß von Wattenwyl erst im Herbst 1915 während der Abwesenheit Egli's von der Uebermittlung des Bulletin's Kenntnis erhielt, als einer der beiden Attachés bat, man möchte ihm wie den anderen das ganze Bulletin geben. Von Wattenwyl sagte sich, daß Oberst Egli Gründe gehabt habe, das Bulletin als Kompensation zu geben, und machte sich über die Neutralitätsfrage deshalb keine Gedanken. Der Verteidiger erörterte eingehend die Frage der Anwendung der von der Anklage angeführten Strafsartikel über Neutralitäts- und Dienstpflichtverletzung und kommt zum Schlusse, daß diese Strafbestimmungen gar nicht anwendbar seien. Die Obersten hätten nie die Absicht gehabt, eine fremde Macht zum Nachteil einer anderen zu begünstigen, sondern nur dem eigenen Lande nützen wollen. Der Verteidiger schloß: v. Wattenwyl ist kein Verbrecher. Er gehört nicht ins Gefängnis. Wenn er einen Fehler begangen hat, so kann dieser disziplinarisch erledigt werden. Er ist und bleibt ein Offizier von Ehre.

Auf eine Frage des Präsidenten erklärt der Ankläger, er verzichte auf jede Replik. Damit wurden die Verhandlungen geschlossen. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und sprach die beiden Angeklagten, wie bereits gemeldet wurde, frei.

Bärik, 29. Februar. Das Urteil in dem Oberstenprozeß lautet wie folgt: 1. Die Angeklagten sind eines gerichtlich zu bestrafenden Vergehens nicht schuldig, werden daher freigesprochen. 2. Dagegen werden sie ihren Vorgesetzten zur disziplinarischen Beurteilung überwiesen. 3. Die Kosten des Prozesses trägt der Staat. 4. Die Haftstrafe beträgt 24 Stunden, gerechnet von heute abend 10 Uhr. In dem Rotivendbericht stellt das Gericht unter anderem fest, daß die Anklagepunkte 1 und 2, betreffend die Abgabe von Bulletin's der Nachrichtenmission an die Militärattachés einer kriegsführenden Mächtegruppe, zugeordnet und durch das Beweiderfahren erwiesen worden sind. Diese Tat der Angeklagten verstößt zweifellos gegen Artikel 1 der Neutralitätsverordnungen des Bundesrats von 1914. Dagegen kann der Tatbestand des Artikels 5 der Kriegsstrafbestimmungen (Nachrichtendienst zugunsten einer fremden Macht) kaum angenommen werden. Obgleich bedeutet die Uebermittlung des Bulletin's eine Neutralitätsverletzung im Sinne einer Dienstpflichtverletzung. Das Gericht ist überzeugt, daß die Angeklagten wirklich aus dienstlichen und keinen anderen Motiven gehandelt haben. Der gute Glaube der beiden Obersten ergibt sich auch aus dem Umstande, daß die Zustellung des Bulletin's offen erfolgte. Wenn auch die Nachrichten, genannt „aus besonderer Quelle“, militärisch kaum von erheblicher Bedeutung sind, war es doch keineswegs anständig, daß diese für schweizerische militärische Stellen bestimmten Bulletin's an die Attachés abgegeben wurden. Nach der Ueberzeugung des Gerichtes liegt eine Neutralitätsverletzung auch insofern vor, als die regelmäßige Uebermittlung des Bulletin's an eine Gruppe kriegsführender immerhin eine gewisse äußerliche Begünstigung der betreffenden Mächte involviert. In Bezug auf den Nachrichtendienst macht das Gericht unbedingt den Vorbehalt, daß dieser Dienst sich nicht über die Vorschriften strenger Neutralität hinwegsetzen kann. Neutralität ist der Grundpfeiler der nationalen Existenz der Schweiz nach außen und nach innen. Die Vorteile, die sich aus einem neutralitätswidrigen Verlede ergeben können, stehen in keinem Verhältnis zu den großen Gefahren eines neutralitätswidrigen Verhaltens hoher militärischer Stellen. Wenn nun auch feststeht, daß die Tat der Obersten objektiv rechtswidrig ist, weil Rechtsgut und Neutralität verletzt worden sind, so ist doch das subjektive Erfordernis eines rechtswidrigen Vorlages. Daß sie die dienstlichen Interessen über die Neutralitätsinteressen gestellt und die allgemeine Bedeutung der letzteren nicht richtig erkannt haben, muß ihnen zum Vorwurf gemacht werden, doch kann nur Fahrlässigkeit angenommen werden, was zu einer gerichtlichem Beurteilung nicht genügt. Der persönliche Verkehr des Obersten Egli mit den Militärattachés kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Unvorsichtigkeit bezeichnet, ihm aber nicht als ernstliches Vergehen angesehen werden. Das Gericht betont, daß in dieser Angelegenheit auch nicht der Schatten eines Verdachtes auf dem Angeklagten haften bleibt. Betreffend die norbischen Depeschen erscheint die Darstellung Egli's, daß er sie von einem Agenten in Bern erhalten habe, durchaus möglich. In Bezug auf die Auslagen Langie's zeigt es sich, daß nicht alle als wahrheitsgemäß zu betrachten sind, wobei aber das Gericht Langie die bona fides zuerkennt und von Anschuldigungen ihm gegenüber absteht. Langie's Schlussfolgerungen basieren einzig auf Indizien, die keinesfalls den Beweis liefern können für die Schuldigerklärung im Sinne des Strafgesetzes. Von Verrat kann überhaupt nicht gesprochen werden, schon deshalb nicht, weil nicht die Rede ist von Mitteilungen über das schweizerische Heer. Das Gericht ist der Meinung, daß die fahrlässige Neutralitätsverletzung der beiden Obersten nicht gerichtlich abgeurteilt werden könne. Dagegen sind sie ihrer vorgelegten Behörde zur Beurteilung zu überweisen, aus welchem Grunde auch von einer Entschädigung abzusehen ist. Damit ist der Fall erledigt. Die freigesprochenen Angeklagten sind sofort zu entlassen.

Eine Erklärung des holländischen Ministers des Aeußeren.

Haag, 29. Februar. (B. Z. B.) Der Minister des Aeußeren gab heute in der Ersten Kammer folgende Erklärung ab: Ich kann mit der größten Bestimmtheit versichern, daß zwischen den Niederlanden und Deutschland kein geheimes Bündnis besteht oder jemals bestanden hat, auch kein geheimes Abkommen, oder eine Verabredung, und daß auch noch nie ein Versuch unternommen worden ist, Verhandlungen darüber anzuknüpfen. Am 3. August 1914 teilte der deutsche Gesandte mir mündlich im Auftrag seiner Regierung mit, daß Deutschland, wenn die Niederlande neutral bleiben, die Neutralität achten wird. Auch dem niederländischen Gesandten in Berlin wurden sehr bestimmte Erklärungen gegeben. Die Mitteilung, die von deutscher Seite England gemacht wurde: „Wir haben an die Niederlande unser feierliches Wort versprochen“, kann sich deshalb nicht auf ein Abkommen beziehen, sondern nur auf diese einseitige, bestimmte und feierliche Erklärung, die uns von deutscher Seite gegeben wurde. Die niederländische Regierung hat in keiner einzigen Hinsicht ihre Freiheit des Handelns aufgegeben.

Hervés Rücktritt.

Ueber die inneren Zustände in der französischen Partei macht Gustav Hervés allerlei interessante Enthüllungen in einem Artikel der „Victoire“ vom 22. Februar, der überschrieben ist: „Besiegte Seelen.“ Alle Register seines Hohnes zieht er gegen die Bogisisten, von denen er behauptet, daß sie nicht nur die Liga der Menschenrechte, sondern auch die sozialistische Partei mit ihren „weinerlichen“ Flugchriften überschimmten.

„Die sozialistische Partei“, schreibt Hervés wörtlich, „ist im Begriff, für die Schlappe ihrer Leiter zu büßen. Auf dem letzten Nationalkongress hat der Parteivorstand, statt vermittelt seiner moralischen Autorität die Parteigenossen, die in schamloser Weise den Frieden sprachen, formell zu desavouieren oder nötigenfalls aus der Partei auszuscheiden, vorgeschlagen, mit ihnen zu paktieren, zu kapitulieren vor dem Kapitulationslustigen. Dadurch ermutigt, beginnen die blödsinnigen Bogisisten wieder frisch-fröhlich ihre Propaganda, in der Hoffnung, daß der Parteivorstand von einer Kapitulation zur anderen schreitet und schließlich einverstanden ist, mit den deutschen Sozialisten zu verhandeln. . .“

In einer dieser Flugchriften, die ich vor mir habe, berufen sich die Verfasser hauptsächlich auf die Jwecklosigkeit, den Krieg fortzusetzen angesichts der Unmöglichkeit, Deutschland zu besiegen. Indem sie die These der deutschen Sozialisten von der Richtung Diebstahls aufnehmen, sängen sie uns vor, daß es tatsächlich zurzeit weder Sieger noch Besiegte gebe; daß, während die Deutschen Sieger in Europa, wir anderen Sieger auf dem Meere und in den Kolonien seien, und daß infolgedessen man, ohne sich zu entschuldigen, verhandeln könne.“

Hervés sagt, der Titel überwältige ihn, wenn er bedenke, daß er derselben Partei angehöre, wie diese Dummköpfe. Es könne ja, wie er auseinanderlegt, keine Rede davon sein, daß die Lage der Kriegführenden Parteien gleich sei. Vielmehr seien die Mittelmächte im offensibaren Vorteil. Wenn jetzt der Friede geschlossen würde, würde für Europa, um sich vor neuen Angriffen zu schützen, während der nächsten 45 Jahre nichts übrig bleiben, als Maschinengewehre, 42-cm-Geschütze und Stützpunkte zu fabrizieren.

Im Laufe seines Artikels teilt Hervés dann noch mit, daß er infolge dieser Vorkommnisse dem Parteivorstand seine Demission eingereicht habe, und zwar ohne motivierte Demission. Er hoffe aber trotzdem, daß es in der Partei noch Männer vom Schlage des alten Dollant gebe. (2)

Für den Schutzoll in England.

London, 29. Februar. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Heute wurde hier eine wichtige Konferenz der Handelskammern des Vereinigten Königreiches eröffnet. Es wurde über den britischen Handel nach dem Kriege beraten. Der Vorsitzende brachte eine Resolution ein, in der erklärt wird, daß die Nation das Produktionsvermögen in die Höhe schieben müsse, anstatt sich auf die Zufuhr vom Auslande zu verlassen.

Sehr langweilig McKenna sagte: Wir haben für uns selbst 1170 Millionen Pfund Sterling ausgegeben. Die Vorschläge an die Verbündeten und die Dominions, die ich im letzten Dezember auf 423 Millionen schätzte, werden vermutlich nicht ganz ausbezahlt zu werden brauchen. Das sind große Summen, wir haben sie aber aufgebracht und es freut mich mitteilen zu können, daß wir auch die viel größeren Summen, die im neuen Jahre nötig sein werden, aufzubringen werden. Nicht weniger als ein Drittel aller Ausgaben des Landes werden wir aus den Einnahmen bestreiten, und wir werden im folgenden Jahre noch weitergehen, wenn dadurch auch die Lasten vergrößert werden. Die, welche uns Geld leihen, müssen wissen, daß wir die Zinsen aus unseren Einnahmen bezahlen können, und daß wir auch noch für die Abzahlung des Kapitals genug haben. Eine andere wichtige Sache ist, daß wir trotz der ungewöhnlich großen an uns gestellten Anforderungen doch unseren Handel der Hauptsache nach fortsetzen können. Für dieses Land sind Handel und Sieg zwei von einander abhängige Dinge. Wenn unser Handel vernichtet wird, stürzt unser Fundament ein, worauf unsere Fähigkeit beruht, den Verbündeten und den Dominions Vorschläge zu leisten. Vor dem Kriege waren wir von den Deutschen in vielen für unseren Betrieb sehr wichtigen Artikeln abhängig. Ich glaube, daß wir entweder durch die individuellen Einwirkungen unserer Kaufleute oder mit der nötigen Staatshilfe dafür sorgen müssen, daß wir nicht wieder in diesen Zustand geraten. Die Regierung ist bereit, ihre Unterstützung für den Handel mit dem Ausland zu gewähren, um die Sicherheit zu schaffen, daß die Konkreten, mit denen wir jetzt in bitterer Feindschaft leben, nicht mehr in dem Maße wie früher, den ausländischen Handel beherrschen.

Die Konferenz der Handelskammern nahm dann eine Resolution an, worin die Regierung aufgefordert wird, Maßregeln zur gegenseitigen Bevorzugung des britischen Reiches und der Verbündeten zu ergreifen, ferner zu einer günstigen Behandlung der Neutralen und zur Einschränkung des Handels mit den feindlichen Ländern, durch Einföhrung von Zöllen, die verhindern, daß der Markt von ihnen überflutet wird, und schließlich Maßregeln zur Förderung der einheimischen Industrie.

London, 1. März. (W. L. W.) (Reutersmeldung.) Bonar Law hielt heute vor den Delegierten der Handelskammern eine Rede, in der er mittelste, daß Vorbereitungen für eine Wirtschaftskonferenz der Alliierten in Paris getroffen würden. Die Konferenz würde darüber beraten, ob es möglich wäre, die wirtschaftlichen Kräfte der Alliierten bei der Fortsetzung des Krieges besser auszunutzen, und sie würde besprechen, was nach dem Kriege zu geschehen habe.

Die schottländische „Morning Post“ bedauert, daß McKenna bei der Konferenz der Handelskammern die Abhängigkeit von Deutschland beim Bezuge einiger Artikel zugegeben habe, aber nicht offen für staatlichen Schutz eingetreten sei.

Gegen die Dienstpflicht in England.

Der Kampf gegen den Dienstzwang in England führt die verschiedensten Organisationen zusammen. Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei), No-Conscription Fellowship (Weiberschaft gegen den Dienstzwang) und Vereinigung für demokratische Kontrolle sind die Hauptträger der Agitation. Hier und da ist die Befürchtung geäußert worden, daß das Zusammengehen so verschiedenartiger Elemente zu einer Vermischung der grundsätzlichen Stellung führen müsse und daß nach dem Krieg ein stark mit religiösen Gefühlen vermishter Sozialismus entstehen werde. Die Sorge mag nicht ganz unberechtigt sein.

Es ist aber vielleicht ganz interessant, die Argumente der No-Conscription Fellowship kennen zu lernen. Clifford Allen, Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei und Vorsitzender der No-Conscription Fellowship, stellt im „Labour Leader“ 13 Progen

und Antworten auf, von denen wir die ersten und wichtigsten hier wiedergeben.

1. Wünschen wir, daß die Deutschen gewinnen? Nein, wir tun es nicht. Aber wir sind überzeugt, daß der Triumph der bewaffneten Macht allein, welche Seite immer siegreich sein mag, niemals einen dauernden Frieden bringen wird. Ein dauerhafter Friede ist, was wir am meisten wünschen, daß die schrecklichen Opfer des Krieges nicht alle vergeblich gewesen sein mögen, und wir sind überzeugt, daß er nur erreicht werden kann durch die Herbeiföhrung und Entwicklung des Geföhls der nationalen Pflicht und der Anwendung von Gerechtigkeit und Vertrauen zwischen den Völkern. Wir glauben, daß es unsere höchste Pflicht unserem Volke und der Menschheit gegenüber ist, zu dieser großen Aenderung der Gesinnung beizutragen.

2. Was würde geschehen, wenn jedermann unsere Meinungen hätte? Wir glauben, daß, wenn alle Personen in jeder Nation unsere Ansichten hätten, die Gefahr des Angriffs aus dem Weg geräumt wäre. Krieg entsteht aus Furcht. Wenn es keine Bedrohung gibt, wird es eine verminderte Gefahr des bewaffneten Angriffs geben.

Wir sehen, die Gegner der Dienstpflicht bemühen sich redlich, die englischen Staatsbürger, vor allem natürlich die Arbeiter, mit ihren Ideen vertraut zu machen. Sie bemühen die Möglichkeiten, die ihnen zu Gebote stehen, die Presse, öffentliche Versammlungen, Flugblätter, in ausgedehntem Maße. (2)

Landstingwahlen und Friedensagitation.

Stockholmer „Sozialdemokraten“ veröffentlichen ein Manifest an das schwedische Volk zu den Landstingwahlen, die am 25. März stattfinden. Diese Wahlen können einen indirekten Einfluß auf die Gestaltung der schwedischen Politik ausüben, da die Landsting die Erste Kammer des schwedischen Reichstags wählen. Darauf weist auch der Aufruf hin.

Die Erste Kammer ist die Hochburg der schwedischen Reaktion. Dort ist der Widerstand gegen die Reform konzentriert. Dort hat der Militarismus seinen Ankergrund. . . Die Rechte, geschlagen bei den allgemeinen Wahlen zur Zweiten Kammer, hat sich im Oberhaus behauptet und tragt von dort dem Volkswillen Jahr um Jahr. Mehr als 50 Millionen im Jahr auf der gewöhnlichen 100 Milliarde Mark kostet die schwedische Mobilisierung. . . All das sind für Land und Volk wichtige Dinge, aber hoch über allem anderen erhebt sich doch die Bedeutung der Landstingwahlen für die fortgesetzte Vornahme unseres Friedens und unserer Neutralität.

In den ersten Tagen des Weltkrieges schlossen sich alle politischen Parteien des Landes zusammen, um eine unerschütterliche friedliche Neutralitätspolitik. Jetzt ist die Stellung leider nicht dieselbe. Der verbrecherische Gedanke der Feindschaft Schwedens ohne Not in den Krieg ist den schwedischen Männern nicht länger fremd. Die staatsgefährliche Aktivistenvereinigung, mit weiten Verbindungen in mächtigen und hohen Kreisen, arbeitet ununterbrochen nach diesem Ziel.

Über noch gefährlicher ist, daß eine große politische Partei sich auf der Bahn zu aktivistischen Stimmungen befindet. Das sind die Konservativen. Die Führer der Konservativen in der Ersten Kammer schlagen in der Ausschüßdebatte einen gefährlichen Ton an.

Das schwedische Volk habe seine Augen offen und seinen Sinn wach zu halten. Wenn alle, die den Frieden wollen, am Tage von Maria Verkündigung zur Wahlurne gingen, dann könne der Insturz der Aktivist, der den Frieden gefährde, auf einmal zurückgeschlagen werden.

Die „Neuorientierung“ in Rußland.

London, 29. Februar. (W. L. W.) „Daily Chronicle“ veröffentlicht eine Unterredung seines Korrespondenten mit dem Präsidenten der russischen Duma Rabjanko. Dieser sagte: Noch dem Kriege wird es in Rußland Redefreiheit geben und keine Unterdrückung mehr. Nach dem Kriege wird niemand mehr im Stande sein, die Redefreiheit einzudämmen. Rußland wird ein Parlament haben und es wird keine Revolution geben. Der Krieg hat dem alten Konstitutionsismus einen solchen Schlag versetzt, daß er nicht mehr besteht. Nach dem Kriege werden wir Reformminister haben und Rußland wird sich reformieren.

Die russischen Finanzen.

Petersburg, 29. Februar. Duma. Beratung des Budgets. Der Berichterstatter Firjoff stellte fest, daß die im Budget ausgewiesenen ordentlichen Einnahmen sich auf 8 022 049 318 Rubel und die ordentlichen Ausgaben auf 8 222 468 698 Rubel stellen, so daß die ordentlichen Ausgaben die Einnahmen um 210 419 380 Rubel übersteigen. Die im Budget aufgeführten Ausgaben bilden, so führt der Berichterstatter aus, nur einen Teil der gesamten Ausgaben, da die auf Bewehrung der obersten Staatsverwaltung angewiesenen Kriegsausgaben zwei- bis dreimal die ordentlichen Ausgaben übersteigen können. Der Berichterstatter legte die wichtigsten Verwirrungen der Einnahmen dar, die gegen die Schätzungen eingetreten sind. Die Einnahme aus Getreide ist im Budget für 1916 nur mit neun Millionen Rubel aufgeführt, gegen 690 Millionen im Jahre 1914. Das Ergebnis der Arbeit der Budgetkommission bildet die Vermehrung der Gesamtsumme der Einnahmen um 109 Millionen und die Vermehrung der Kreditoperationen. Die außerordentlichen Kriegsaufwendungen weisen folgende Siffern auf: 8 Milliarden Rubel im Jahre 1915 und wenn der Krieg noch das ganze Jahr dauert, 11 Milliarden Rubel im Jahre 1916. Alle diese Ausgaben könnten nur mit Hilfe von Kreditoperationen geleistet werden. Der Berichterstatter legte weiter dar, daß die Ankaufsläse sich um 2 600 000 Desjatinen vermindert habe, aber daß der guten Ernte sei diese Verminderung nicht fühlbar geworden. Die Einschränkung der industriellen Tätigkeit sei vollständig durch Preisüberhöhungen und die Anforderungen für die Armee ausgewogen worden. Der Anfluß von Geld in das Land habe sich in der Vermehrung der Einlagen gezeigt; die Vermehrung habe die bisher ohne Beispiel dastehende Summe von 800 Millionen Rubel erreicht. Die Kommission halte es für unumgänglich notwendig, von jetzt ab die Frage der Vereinstellung aller Seiten des politischen Lebens Rußland aufzuwerfen, sowie der Uebereinstimmung der Maßnahmen auf den Gebieten der auswärtigen und inneren Politik, der Finanzen, des Handels und der Volkswirtschaft. Man beginne die Erörterung der Frage vorzubereiten, wie die zukünftige Entwicklung und die Unabhängigkeit Rußlands sowie seine schnellste Wiedergeburt nach dem schweren Kriege erfolgreich zu gestalten seien.

Der Finanzminister erklärt, daß die Ausgaben die Einnahmen schätzungsweise um 377 Millionen übersteigen werden. Der Minister hofft, daß die neuen Einnahmequellen, die während des Krieges geschaffen sind, mehr als 500 Millionen ergeben werden. Es seien bereits Maßregeln zur Aufbarmachung der Halbbalbestände für industrielle Zwecke und zu seiner Ausfuhr getroffen. Was die Steuerpläne anlangt, so sei es wünschenswert, den Staatshaushalt an den Vorteilen, die sich aus den Unternehmungen der Kriegsindustrie ergeben, teilzunehmen zu lassen.

Im Hinblick auf die außerordentliche Vermehrung der Ausgaben in den ersten Jahren nach dem Kriege werde man für die Deckung bedeutender Reibebträge Sorge tragen müssen. Die Mittel, das Gleichgewicht des Staatshaushalts wiederherzustellen, seien ertens strenge Sparmaßnahmen, zweitens die Entwicklung der schaffenden Kräfte des Landes. Dieser zweite Weg erfordert, daß nur solche Steuern ins Auge gefaßt werden, die die wirtschaftlichen Quellen der Bevölkerung nicht verstopfen. Es sei notwendig, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Nation freie Entfaltung zu sichern. Der Minister betont die Notwendigkeit, Mittel zur Fortführung des Krieges ausfindig zu machen. Die täglichen Kriegs-

ausgaben betragen zu Anfang des Krieges 10 Millionen und sind nun auf 31 Millionen gestiegen. Die Gesamtsumme dieser Ausgaben wird 1916 etwa 12 Milliarden erreichen. Um sie zu decken, ist es notwendig, den allgemeinen Kredit in Anspruch zu nehmen. Bisher haben die Kreditoperationen auf dem inneren Markt 4 1/2 Milliarden ergeben. Dennoch wächst das nationale Sparvermögen immer noch. Der Beweis dafür ist, daß die Einlagen in den Sparkassen seit Kriegsbeginn auf 3 1/2 Milliarden gestiegen sind. Das Anwachsen des Sparvermögens betrifft alle Schichten der Nation. Die Notwendigkeiten des Krieges bringen eine kräftige Ausgabe von Papiergeld mit sich. Diese vermehrte Ausgabe verpflichtet zu äußerster Vorsicht. Die Staatsanleihen haben die Bedeutung eines Selbstmittels für den Finanzmarkt, da sie den Ueberfluß von Geld aus dem Verkehr ziehen. Deshalb soll jedermann zum Erfolg unserer Anleihen beitragen. Die letzte Anleihe ist in großem Maße gelungen. Der Minister erklärte, daß die Ausgabe einer neuen inneren Anleihe von zwei Milliarden vorbereitet werde, und sagte, er sei des Erfolges um so sicherer, als die Vertreter des Volkes von der Tribüne der Duma her den Aufruf an die Bevölkerung richteten und sie ermahnen können, den Staat in seinem Kampf gegen den Feind zu unterstützen.

Teuerungsunruhen in Madrid.

Madrid, 1. März. (W. L. W.) Reuters meldet: Infolge der Teuerung des Brotes brach ein Streik aus. Alle Arbeit ruht; die Gendarmen nahmen einige Verhaftungen vor. Mehrere Menschen wurden verwundet. Die Unruhen nahmen einen ernsten Charakter an. Die Gendarmen sind machtlos. Der Bürgermeister dankte ab.

Der New Yorker Parteitag gegen die „Kriegsbereitschaft“.

In Anbetracht des zunehmenden Umfanges, den die Agitation für und gegen die „Kriegsbereitschaft“ in den Vereinigten Staaten annimmt, ist die Stellungnahme unserer Partioorganisationen zu dieser Frage von akuter politischer Bedeutung. Nicht nur, daß laut Beschluß des Parteivorstandes die Abstimmung über den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten und die neu zu wählenden Parteibeaumten von der Stellung der Kandidaten zum Militarismus und zur Rüstungsfrage abhängig gemacht werden soll, auch in den lokalen Partioorganisationen wird zu dieser Frage Stellung genommen. Welche Anschauungen sich hierbei durchsetzen, zeigt die Resolution, die am 16. Januar auf dem Parteitag New Yorks fast einstimmig angenommen wurde. Die Resolution lautet:

„In Anbetracht, daß alle internationalen Kriege Kämpfe waren und sind, von den herrschenden Klassen angestiftet zur Beherrschung der Welt und ihrer Arbeiter und zur Kontrolle der Produkte, die durch die Fron der Arbeiter erzeugt wurden, und

in Anbetracht, daß die herrschende oder kapitalistische Klasse der Vereinigten Staaten sich vorbereitet, der Arbeiterklasse unter dem Namen Schlagfertigkeit einen Militarismus aufzuzwingen, dessen Zweck nach der Vorschau des Präsidenten ist, die Interessen der kapitalistischen Klasse im Inlande und Auslande zu schützen und mehr Achtung für den kapitalistischen Staat einzuföhren, und

in Anbetracht, daß die Munitionsfabrikanten, die Viesendmogen einheimisch haben durch den Verkauf von Kanonen, Pulver und Geschossen an die kriegführenden Länder der Alliierten, ein vitales Interesse haben für ein Programm von Schlagfertigkeit, welches ihnen den weiteren Bezug gigantischer Profite nach dem jetzigen Kriege sichert, und

in Anbetracht, daß die Arbeiterklasse kein Land zu verteidigen und kein Interesse in ausländischen Märkten, Kolonien und „Grußföhspäßen“ hat, welches die Preise sind, um die die Kapitalisten haben und die zum Kriege führen mögen, und

in Anbetracht, daß die Arbeiter den Hauptteil der Opfer für alle solche Kriege liefern und für sich selber nichts gewinnen als leeren Ruhm, Krantheit und Tod und nichts für ihre Familien wie Geld und Sorge, und

in Anbetracht, daß der Staat unter dem Kapitalismus hauptsächlich eine Maschine ist, die Eigentumsinteressen der kapitalistischen Klasse zu schützen und die Unterjochung und Ausbeutung der Arbeiter zu betreiben, und

in Anbetracht, daß alle Formen von Coöperation und Rüstung die Instrumente sind, durch welche die kapitalistische Klasse gegen die Arbeiterklasse rüstet, und „Patriotismus“ als ein Stichwort benutzt wird, um die Arbeiter für ihre eigenen Interessen blind zu machen, daher sei es

beföhlossen, daß wir, die Mitglieder der Lokalen Organisation der Sozialistischen Partei, alle Arten von Rüstungen sofort verdammen; daß wir die Arbeiterklasse von Amerika auffordern, den Militarismus in allen seinen Formen zurückzuweisen und sich zu weigern, in irgendeiner militärischen Körperschaft unter der Kontrolle des kapitalistischen Staates einzutreten; wir erklären, daß die Arbeiterklasse kein Land zu verteidigen hat; daß ihr einziger Feind der Kapitalismus ist; und wir fordern daher die Arbeiter auf, sich politisch und industriell zu organisieren, um die Ketten zu brechen, welche sie fesseln, die politische Macht der Nation zu erobern, das Privilegium der kapitalistischen Klasse zu stürzen und den gemeinsamen Besitz und demokratische Verwaltung der gesellschaftlichen Produktionsmittel im Interesse der Arbeiter selber einzuföhren.“

Demgegenüber sei in diesem Zusammenhang nach, daß die Versammlung der Haltung des deutschen Organs der Partei, der „New Yorker Volkszeitung“, besondere Anerkennung zolle, weil es den internationalen Charakter unserer Bewegung stets hochgehalten, trotz des Umfandes, daß der Krieg diese neue Kräfte verdeckt hat und Nationalismus und Chauvinismus Triumphe feiern.“

Kriegsbekanntmachungen.

Aushändigung der Post an Kriegsgefangene.

Amlich. Berlin, 1. März. (W. L. W.) Von amtlicher Stelle erfahren wir, daß es nunmehr gelungen ist, die französische Regierung zur Aufgabe der zehntägigen Siegestrist für die in den Gefangenenerlagern ankommenden Post zu bewegen. In Zukunft werden also die für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich eintreffenden Briefe und Postkarten sofort nach Prüfung durch die Inspektoren an die Empfänger ausgehändigt werden. Die zehntägige Siegestrist für die von den Kriegsgefangenen nach den Heimat ausgehenden Postfachen muß jedoch aus militärischen Gründen bestehen bleiben.

Letzte Nachrichten.

Treibende Minen.

Kopenhagen, 1. März. (W. L. W.) Der schwedische Marinestab erhielt nach der „Nationaltidning“ den Bericht, daß zahlreiche treibende Minen an der Südküste von Schonen beobachtet wurden.

Der Schweizer Bundesrat zur Obersten-Affäre.

Bern, 1. März. (W. L. W.) Der Bundesrat hat heute abend in einer Sitzung mit dem General die Angelegenheit der Obersten Egli und von Wattenwyl besprochen. Ueber das Ergebnis der Sitzung wird amtlich folgende Mitteilung gemacht: Durch militärgerichtliches Urteil wurden die Obersten Egli und von Wattenwyl den vorgelegten Behörden zur disziplinarischen Bestrafung überwiesen. Der General hat demgemäß über jeden der beiden Offiziere zwanzig Tage strengen Arrestes verhängt und sie überdies zur Disposition gestellt. In Begleitung auf ihre Zivilstellung bleiben die genannten Offiziere gemäß Beschluß des Bundesrates als Sektionschefs der Generalstabsabteilung suspendiert. Der Bundesrat wird über ihre anderweitige Verwendung in der Militärverwaltung später Beschluß fassen.

Gewerkschaftliches.

Der Islam und die deutschen Gewerkschaften.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission legt Wert auf die Veröffentlichung des folgenden Berichts:

Vor einer von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufenen Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre hielt der Scheich Salih-Mschcharif am 23. Februar im großen Saale des Gewerkschaftshauses einen Vortrag, der dem Zweck diente, Verständnis für die islamitische Welt zu wecken. Der Scheich Salih ist aus Konstantinopel nach Deutschland gekommen, um auch in Deutschland Verständnis für das Bestreben der islamitischen Welt nach einer Annäherung an Deutschland zu wecken. Er zeigte sich als ein sehr temperamentsvoller Redner, dessen vom Dragoman Dr. Schröder überlegte Ausführungen in manchen Fällen einen den deutschen Arbeitern sehr fremdartig erscheinenden Gedankengang verrieten. Das Thema des Vortrages waren die religiösen und sozialen Probleme des Islams. Manche der religiösen Ansichten erinnerten an die, die wir feinerzeit in der Schule gehört haben. Nach den Anschauungen des Redners sind die Ungerechtigkeiten, die in der Welt bestehen, lediglich auf die von Menschen gegebene Ordnung zurückzuführen. Gerade weil im Koran auch für das soziale Zusammenleben der Menschen feste Vorschriften gegeben seien, hielt der Redner die dort vorgesehene Regelung für die der Menschheit dienlichste. Er legte dar, daß nach dem Koran der Mensch nicht nach seiner äußeren Stellung beurteilt werde, nicht nach dem Vermögen oder der Macht, über die er verfügt, sondern lediglich nach dem wahren Wissen, dem Charakter, der Gerechtigkeit und der Förderung der Allgemeinheit. Viel bedürftige Arbeiter gehörten zu den Höchststehenden, weil ihr Haupt von der Krone des Wissens und den oben erwähnten Tugenden geschmückt sei, weil sie der Allgemeinheit durch Weisheit und Mäßigkeit nützten. Andererseits gäbe es viele Missetäter und elende Charaktere, deren Haupt eine Krone von Gold und Diamant schmückte, Gott und den Menschen zum Greuel. Nur wer Wissen, Arbeit und seine ganze Kraft zum Nutzen der Mitmenschen verwende, steige auf der höchsten Stufe.

Der Scheich sieht in Deutschland die Macht, deren Ziel nicht darauf hinausläufe, die islamitische Welt zu unterdrücken. Nur durch einen Sieg Deutschlands sei ein Aufstieg aus der islamitischen Welt möglich. Wenn die Gegner Deutschlands den Sieg erreichen würden, werde auch jede kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Islams unterbunden werden.

Selbst in der Uebersetzung der Rede des Scheichs zeigte sich, daß er in recht poetischer und blumenreicher Sprache zu reden ver-

stand. So verglich er beispielsweise unsere Kenntnis der Weltzusammenhänge im Vergleich zu der uns verborgenen Wahrheit mit den an der Spitze der in das Weltmeer getauchten Nadel hängengebliebenen Tropfen im Vergleich zum Weltmeer.

Wir bedauern, uns über diese Angelegenheit nicht kritisch äußern zu können.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Buchbinder im Jahre 1915.

Der Jahresbericht der Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes sagt unter anderem: Dem Rückgang der Mitgliederzahl konnte im vierten Quartal Einhalt geboten werden, wenn es auch nicht gelang, die im Jahre 1914 erlittenen Verluste auszugleichen. Es war unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen außerordentlich schwer, Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder zu entfalten. Die Mitgliederzahl betrug im 1. Quartal 5545. Sie sank bis zum 3. Quartal auf 4800 und ist im 4. Quartal auf 4862 gestiegen. Diese Zahl setzt sich aus 3294 weiblichen und 1568 männlichen Mitgliedern zusammen.

Die Geschäftslage und die sich daraus ergebenden Verhältnisse sind nicht in allen Branchen die gleichen. In der Album-, Mappe- und Galanteriebranche herrscht Mangel an Gehilfen, zum Teil deshalb, weil ein Teil der Kollegen zu anderen Berufen mit besseren Löhnen übergegangen ist. Die auf Gewährung von Teuerungszulagen gerichteten Anträge haben nur bei wenigen Firmen geringes Entgegenkommen gefunden. Nur eine Firma macht eine erwähnenswerte Ausnahme, indem sie den Arbeiterinnen 10 M. und den Arbeitern 15 M. monatliche Teuerungszulage gewährt. — In der Buchbinderbranche sind die Unternehmer zum Teil zur Kriegindustrie übergegangen, was zur Folge hatte, daß das vorhandene Personal teilweise das ganze Jahr voll beschäftigt war. Einzelne Großbetriebe arbeiteten sogar mit zahlreichen Ueberstunden. Da wegen Mangel an männlichen Arbeitskräften mehr und mehr Arbeiterinnen mit Gehilfenarbeit beschäftigt werden, wurde mit der Unternehmerorganisation ein Abkommen getroffen, wonach in solchen Fällen der tarifmäßige Gehilfenlohn bezahlt wird. — Die Stickerbranche leidet, weil sie hauptsächlich für den Luxus arbeitet, unter den Folgen des Krieges am meisten. Nur der vierte Teil der vor dem Kriege Beschäftigten haben noch Arbeit in der Branche. Die übrigen arbeiten in anderen Berufen. — Auch die Kartonbranche ist durch den Krieg sehr ungünstig beeinflusst. Die Zahl der in der Vegetationsindustrie Beschäftigten ist auf die Hälfte zurückgegangen. Auch der Verdienst ist sehr niedrig. In der Postartenindustrie ist ausreichende Beschäftigung vorhanden. Hier ist es den Arbeitern gelungen, Teuerungszulagen von 8-10 Proz. zu erlangen. Ganz

besonders flott haben die Kartonnagebetriebe der Zigarettenindustrie zu tun. In diesen Betrieben werden Teuerungszulagen von 15-25 Proz. gewährt. — In der Buchbinderbranche hat sich die Geschäftslage im Laufe des Jahres so gebessert, daß sie wieder als normal bezeichnet werden kann. Durch die Einberufungen zum Kriegsdienst trat eine Knappheit an geübten Arbeitern ein, so daß gegen Ende des Jahres Ueberstunden in erhöhtem Maße geleistet wurden. Anträge auf Gewährung von Teuerungszulagen hatten nur bei vier Firmen Erfolg. — In der Lugsuspapierbranche, die zu Anfang des Krieges den Betrieb fast gänzlich einstellte, haben jetzt fast sämtliche Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen, doch lassen die Arbeitsverhältnisse noch viel zu wünschen übrig.

Aus der Kassenabrechnung ergibt sich, daß infolge des starken Rückganges der Arbeitslosenziffer auch die Arbeitslosenunterstützung eine wesentliche Abnahme aufweist. Während sie im Vorjahre eine Ausgabe von 75 942 M. erforderte, wurden im Berichtsjahre nur 21 856 M. ausbezahlt. Die Ausgabe für Krankenunterstützung ging von 21 321 auf 8800 M. zurück. Dagegen ist die Ausgabe für Hinterbliebenenunterstützung gegen das Vorjahr um 1518 M. gestiegen.

Die Generalversammlung am Montag nahm den Jahresbericht ohne Debatte entgegen und wählte die Ortsverwaltung sowie die Branchenleitungen einstimmig wieder.

Die Verwaltung beantragt, die von der Generalkommission herausgegebene gewerkschaftliche Frauenzeitung in 1000 Exemplaren zu beziehen und an die weiblichen Mitglieder verteilen zu lassen. — Nachdem einige Redner gegen, andere für den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe mit 65 gegen 42 Stimmen angenommen.

Hierauf sprach Naatz gegen die jetzige Fassung der „Buchbinder-Zeitung“ in den parteipolitischen Streitfragen. Seinen Ausführungen folgte eine rege Debatte. Schließlich wurde gegen wenige Stimmen eine von Naatz beantragte Resolution angenommen. Sie lautet:

Die Generalversammlung protestiert ganz entschieden gegen die jetzige Schweißweise der „Buchbinder-Zeitung“. Sie erklärt darin eine einseitige Stellungnahme zu politischen Tagesfragen, um so mehr, als es der andersdenkenden Richtung wegen der herrschenden Janusverhältnisse nicht vergönnt ist, ihre Meinung voll zur Geltung zu bringen. Aus diesem Grunde muß die Generalversammlung auch der Auffassung der Redaktion entgegengetreten, ihre Meinung entspräche der Stimmung der gesamten Kollegenschaft. Die Generalversammlung ist vielmehr der Ansicht, daß, solange die Zensur besteht, eine Erörterung dieser politischen Fragen zwecklos ist und nicht im Interesse des Verbandes liegt.

A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Moselwein

- 1912 Kinheimer 92 Pf. 90 Pf.
 1911 Bullayer 1.15 1.10
 1911 Oberfelder Rosenberg 1.35 1.30
 1911 Traberer Königsberg 1.60 1.50
 1911 Gröber Steffensberg 1.70 1.60
 1911 Enkircher Eilergrub . 2.20 2.10

Rheinwein

- 1912 Dürkheimer ... 72 Pf. 70 Pf.
 1912 Maikammerer . 90 Pf. 85 Pf.
 1912 Gaubickelheimer 1.05 1 M.
 1912 Eltviller 1.35 1.30
 1911 Gunterblumer Götz . 1.60 1.50
 1911 Oppenheim. Goldberg 2.10 2 M.
 1908 Rüdelsheim. Engerweg 2.40 2.30

Rotwein

- 1909 Castillonais . 1.35 1.30
 1911 Moulis Médoc 1.50 1.45
 1911 Crü la Fontanelle . 1.80 1.75
 1911 Chäl Le Tour de Mons 2.40 2.30

Südwein

- Folner alter Tarragona . 2 M. 1.95
 Vinho de Portugal 2.40 2.30
 Vermouth 1.90 1.85

Likör

„Erlenwein“

- Pomeranzen 5.50 3 M. 1.75
 Cherry Brandy 6 M. 3.25 1.90
 Prunelle 6.50 3.75 2 M.

Bier

- Deutsch-Porter ... 50 Pf. 48 Pf.
 Ale 42 Pf. 40 Pf.
inkl. Flasche, diese wird mit 10 Pf. zurückgenommen.

soweit Vorrat

Lebensmittel

soweit Vorrat

Fische

- Grüne Heringe . . Pfund 35 Pf.
 Schellfische Pfund 70 u. 90 Pf.
 Cabliau in ganzen Fischen ohne Kopf . Pfund 75 Pf.
 Getrocknet. Klippfische 65 Pf.
 Salzfische Pfund 40 50 55 Pf.
 Lebende Schleie . . Pfund 1.50
 Nur Leipziger Straße:
 Leb. u. gekochte Hummern 5.20
 Lebende Forellen Pfund 3.20

Verschiedene
 Sorten
Käse
 zu mäßigen
 Preisen

Geflügel

- Donnerstag und Sonnabend:
 Pommersche Gänse Pfd. 2.50
 Mastputen . . Pfund 2.40 2.60
 Suppenhühner . . . Pfund 2.20
 Brathühner Pfund 2.30
 Perlhühner Stück 6 M.
 Moorhühner Stück 2.50
 Alken (Wild-Enten-Art) Stück 2 M.
Pommersche Land-Eier

Frischobst-Marmelade

leicht gefärbt. Verkauf am Butterlager.

- | | | |
|-----------------------------------|----------------------------------|-----------------------------------|
| Apfel Pfund 45 Pf. | Himbeer mit Apfel Pfund 55 Pf. | Rheinisches Apfelkraut 60 Pf. |
| Gemischte Frischobst 45 Pf. | Pflaumen m. Apfel Pfund 55 Pf. | feine Erdbeere . . . Pfund 90 Pf. |
| Vierfrucht Pfund 45 Pf. | Orangen Pfund 75 Pf. | feine Aprikosen 90 Pf. |
| Johannisbeer 45 Pf. | Pfirsich Pfund 75 Pf. | Thüring. Pflaumenmus 75 Pf. |
| Erdbeere mit Apfel Pfund 55 Pf. | Aprikosen Pfund 75 Pf. | Kunsthonig ohn. Glas, Pfd. 35 Pf. |
- Marmelade in Eimern von 25, 30 u. 50 Pfd., Pfund 5 Pf. Ermäßigung.

Fleisch

- Kalbskeule im Ganzen, Pfd. 1.60
 Kalbsrücken im Ganzen 1.60 geteilt 1.65
 Kalbskamm Pfund 1.45
 Kalbsbrust Pfund 1.45
 Kalbsgulasch Pfund 1.70
 Kalbsaxen Pfund 1 M.
 Gehackt. Rindfleisch Pfd. 1.80

Obst u. Gemüse

- Donnerstag
 soweit Vorrat:
 Mandarinen Pfund 45 u. 50 Pf.
 Blut-Apfelsinen Dtz. 95 Pf. 1.20
 Apfelsinen . . . Dtz. 80 Pf. 1.10
 Zitronen gelbe . . . Dtz. 60 Pf.
 Datteln Pfund 1 M.
 Kranzfeigen Pfund 65 Pf.
 Delikateßfeigen . . Pfund 1 M.
- Donnerstag
 soweit Vorrat:
 Kohlrüben gelbe . Pfund 5 Pf.
 Chikoree 2 Pfund 35 Pf.
 Schwarzwurzeln . Pfund 15 Pf.
 Rhabarber . . Bund 6 u. 14 Pf.
 Maronen Pfund 32 Pf.
 Schnittlauch Topf 25 Pf.
 Peterstille Topf 25 Pf.

Räucherwaren

- Heringe i. Gelee 50 Dose 5.50
 Bismarckhering Dose ca. 4 Liter 5.50
 Rollmops Dose ca. 4 Liter 5.50
 Ostsee-Muscheln i. Gelee 40 Pf. Dose ca. 4 Liter 4.50

- Salzgurken 5 Stück 70 Pf.
 Stavang-Anch . . . 40 Pf. Dose 4.25
 Cornichons Pfd 80 Pf. 10 Pfd. 7.50
 Sardellen . . . Pfund 1 M. 1.80
 Ostsee-Krabben % Pfund 70 Pf.

- Geräuch. Sprotten % Pfd. 45 Pf.
 Kieler Bücklinge . . Stück 20 Pf.
 Lachs-Stör % Pfund 1.30
 Geräuchert. Lachs 1/4 Pfund 1.10
 Geräuch. Oder-Aale 2.70 4.20
 Stralsund. Bratheringe Dose ca. 4 Liter 4.40

Herren-Schnürstiefel

- Chromleder mit Lackkappe . 13.75
 Box calf 18 M.
 Chevreau 18.50

Damen-Schnürstiefel

- Chromleder mit Lackkappe . 11.50
 Chevreau mit Lackkappe . . 12.75
 Chrom mit Lackkappe 15.50
 Chevreau mit Lackkappe . . 18.50

Damen-Halbschuhe

- Chromleder Schnurschuhe . . 10 M.
 Chevreau mit 2 Spangen . . 11.50

Regenschirme

- Damen- oder Herrenschirme mit Futteral 3.50
 Gloriaselbe, mit Futteral . . 5.90
 Halbseide, mit Futteral . . 7.75
 sehr gute Halbseide, m. Futter 9.75
 Seide, mit Futteral 7.75

- Damenschirm mit Futteral und Mallakrohrgriffen . . 6.25
 Gloriaselbe Hornrundhaken 9.75
 dunkle Farben, gute Ware, mit Horngriffen 9 M.
 dunkle Farben, Seide, mit guten Griffen 13.75

Zur

Einsegnung

- Kleider, Anzüge, Stiefel, Hüte, Handschuhe usw. in großer Auswahl.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung. Mittwoch, den 1. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Gesetzentwurf über weitere Beihilfen zu

Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Der Entwurf stellt für diesen Zweck weitere 110 Millionen Mark zur Verfügung.

Die Kommission (Verichterstatter Abg. Liepmann (Sp.)) beantragt, diese Summe auf 200 Millionen zu erhöhen.

Minister v. Loebell erwidert auf eine Anfrage des Verichterstatters, daß schuldlos geschiedene Ehefrauen ebenso zu unterstützen sind wie andere Ehefrauen.

Abg. v. Gassel (L.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Kommissionsbeschluss.

Abg. Gürdinger (nat.) begrüßt gleichfalls den Beschluss der Kommission und verlangt, daß ein Nachweis über die Ausgaben, die die Gemeinden für die Kriegsfürsorge gemacht haben, dem Hause vorgelegt werde.

Abg. Leinert (Soz.):

Die hier vorgesehene Erhöhung der Summe soll nicht zur Entlastung der Gemeinden dienen, sondern soll lediglich den Unterstützungsberechtigten zufommen.

Danach soll eine sorgfältige, wohlwollende von Engherzigkeit freie Prüfung der Unterstützungsgesuche stattfinden.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

und daß sie nicht pfändbar sind. Wenn Abzüge für Miete gemacht werden, so sollte das nur unter ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Familie geschehen.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

zur Verübung der Bevölkerung beitragen. Leider sind nun diese Grundzüge des Ministerialentwurfes bei der Unterstützung der Zerstörer vielfach in Vergessenheit geraten.

Der Entwurf stellt für diesen Zweck weitere 110 Millionen Mark zur Verfügung.

Die Kommission (Verichterstatter Abg. Liepmann (Sp.)) beantragt, diese Summe auf 200 Millionen zu erhöhen.

Minister v. Loebell erwidert auf eine Anfrage des Verichterstatters, daß schuldlos geschiedene Ehefrauen ebenso zu unterstützen sind wie andere Ehefrauen.

Abg. v. Gassel (L.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Kommissionsbeschluss.

Abg. Gürdinger (nat.) begrüßt gleichfalls den Beschluss der Kommission und verlangt, daß ein Nachweis über die Ausgaben, die die Gemeinden für die Kriegsfürsorge gemacht haben, dem Hause vorgelegt werde.

Abg. Leinert (Soz.): Die hier vorgesehene Erhöhung der Summe soll nicht zur Entlastung der Gemeinden dienen, sondern soll lediglich den Unterstützungsberechtigten zufommen.

Danach soll eine sorgfältige, wohlwollende von Engherzigkeit freie Prüfung der Unterstützungsgesuche stattfinden.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

steigerungen dem deutschen Interesse nutzbar machen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Braun (Soz.):

Es ist zweifellos Pflicht der Allgemeinheit, die Männer, die durch den Krieg einen Teil ihrer Gesundheit und Arbeitskraft eingebüßt haben, so zu stellen, daß sie zum mindesten wirtschaftlich nicht schlechter stehen, als sie vor dem Kriege gestanden haben.

Grundständig sind wir bekanntlich aus betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen nicht für die forcierte künstliche Schaffung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben.

Der Entwurf stellt für diesen Zweck weitere 110 Millionen Mark zur Verfügung.

Die Kommission (Verichterstatter Abg. Liepmann (Sp.)) beantragt, diese Summe auf 200 Millionen zu erhöhen.

Minister v. Loebell erwidert auf eine Anfrage des Verichterstatters, daß schuldlos geschiedene Ehefrauen ebenso zu unterstützen sind wie andere Ehefrauen.

Abg. v. Gassel (L.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Kommissionsbeschluss.

Abg. Gürdinger (nat.) begrüßt gleichfalls den Beschluss der Kommission und verlangt, daß ein Nachweis über die Ausgaben, die die Gemeinden für die Kriegsfürsorge gemacht haben, dem Hause vorgelegt werde.

Abg. Leinert (Soz.): Die hier vorgesehene Erhöhung der Summe soll nicht zur Entlastung der Gemeinden dienen, sondern soll lediglich den Unterstützungsberechtigten zufommen.

Danach soll eine sorgfältige, wohlwollende von Engherzigkeit freie Prüfung der Unterstützungsgesuche stattfinden.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugriffsfähig und daß sie nicht pfändbar sind.

Politische Uebersicht.

Die Polendebatte.

Von den Vorlagen, mit denen sich das preussische Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung am Mittwoch beschäftigte, beanspruchten die beiden, die sich auf die Kriegsfürsorge beziehen, weitgehendes Interesse. Ueber die erste dieser beiden Vorlagen, den Entwurf betreffend Beihilfen an Gemeinden für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege herrschte zwischen allen Parteien und der Regierung Uebereinstimmung. Bekanntlich hat Preussen für den genannten Zweck bereits im vorigen Jahre 110 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Auch in diesem Jahre sah der Regierungsentwurf die gleiche Summe vor. Die verstärkte Staatshaushaltskommission hat sie jedoch unter Zustimmung der Regierung auf 200 Millionen Mark erhöht und das Plenum ist diesem Beschlusse einmütig beigetreten. Auch der sozialdemokratische Redner, Genosse Leinert, erkannte das Wohlwollen, das in der Zentralstelle den Familien der Eingezogenen gegenüber an den Tag gelegt wird, unumwunden an, wenn er auch im einzelnen an den Bestimmungen des Familienunterstützungsgesetzes und an den Maßnahmen der Lieferungsverbände mancherlei auszufehen hatte. Wir wollen hoffen, daß der Minister den der Praxis entsprungenen Anregungen unseres Genossen Folge leistet und die untergeordneten Organe mit entsprechenden Anweisungen versehen.

Nicht die gleiche Harmonie trat zutage bei dem zweiten Entwurf, der 100 Millionen Mark für Zwecke der Kriegsanstellungen fordert. Die Polen hatten ihren bereits in der Kommission gestellten, dort aber abgelehnten Antrag von neuem eingebracht, der in das Rentenguts-gesetz eine Bestimmung aufgenommen wissen will, die es ausschließt, daß die Zuteilung eines Rentengutes abhängig gemacht werden kann von dem Religionsbekenntnis, der Abstammung, der Muttersprache oder der politischen Betätigung des Rentengutsnehmers. Außerdem lag ein nationalliberaler Antrag vor, der vorbereitende Maßnahmen für den Ausbau der inneren Kolonisation durch Ansiedelung von Kriegsverletzten verlangt. Genosse Braun erkannte die Pflicht der Fürsorge für die Kriegsverletzten unumwunden an, bezweifelte aber, ob ihnen durch die Ansiedelung auf dem Lande am besten geholfen wird. Er wandte sich grundsätzlich gegen die künstliche Schaffung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben und befristete den polnischen Antrag, den der Minister Frhr. v. Schorlemer für unannehmbar erklärt hatte. Mit Recht zog er daraus den Schluß, daß die Regierung ihre alte Praxis forsuchen will, und er ließ keinen Zweifel, daß ohne den Antrag das ganze Gesetz für die Sozialdemokratie unannehmbar ist. Die Abstimmung über den polnischen Antrag ergab die Beschlusfähigkeit des Hauses, sie muß deshalb am Donnerstag wiederholt werden. Ferner stehen noch kleinere Etats auf der Tagesordnung.

Der Staatshaushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses

Beschäftigte sich am Dienstag mit dem Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Beim Titel „Minister“ wurde gefordert, daß dem Nachbau erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet und die Moore als Naturdenkmäler erhalten werden mögen. Beim Titel „Landwirtschaftliche Lehranstalten“ wurde alsleitig zum Ausdruck gebracht, daß diese Schulen nach dem Kriege erhöhte Bedeutung gewinnen würden und daher dringender Förderung bedürften. Klagen wurden dann erhoben über den Mangel an Tierärzten auf dem Lande. Betont wurde hierbei, daß es trotz dem Kriege allgemein gelungen sei, ein Herdverbreiten von Seuchen zu verhindern. Eine längere Aussprache entspann sich über die Förderung der Viehzucht. Die Regierung wurde gebeten, alles zu tun, was in ihren Kräften liege, um das Durchhalten der Rindviehbestände durch den Krieg zu ermöglichen. Auch möge zur Hebung der Geflügelzucht alles Mögliche getan werden. — Beim Kapitel „Fischerrei“ wurde auf die Notwendigkeit der Einrichtung von Fischereiverwertungsgenossenschaften hingewiesen. — In der Landesmelioration und Moorkultur sind während des Krieges erfreuliche Fortschritte gemacht worden; 819 Genossenschaften wurden gegründet, die 107 000 Hektar Land in Kultivierung genommen und reichlich 14 000 Hektar bereits fertiggestellt haben. Auch Privatbesitzer haben große Mengen von Niedlandereien in Bearbeitung genommen. — Auch die Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues wurde verlangt.

Die nächste Reichstagsitzung.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am 15. März, nachmittags 2 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen Rechnungssachen und Petitionen.

Die Arbeiten des Reichstags zerfallen diesmal in der Hauptsache in drei Materien: den Etat, die Steuerergänze und die Wirtschaftstragen. Daß die Arbeiten vor Ostern erledigt werden können, ist vollständig ausgeschlossen. Man kann damit rechnen, daß sich die Tagung mindestens bis Ende Mai, vielleicht auch bis Anfang Juni hingezogen wird, worauf dann wieder eine längere Vertagung eintreten soll. — Der Staatshaushaltsausschuß beginnt mit seinen Arbeiten am 16. März.

Steuerkämpfe.

Die neuen Reichsteuern finden im großen ganzen die Billigung der Konservativen und Nationalliberalen. In der „Post“ erklärt sich Frhr. v. Jeditz im Grunde genommen mit allem einverstanden. Die Kriegsgewinnsteuer ist seiner Zustimmung sicher, und er hebt lobend hervor, daß dabei auch „gäbührend Rücksicht auf die Erhaltung der vollen Leistungsfähigkeit unserer Großbetriebe genommen ist“. Die übrigen Steuern findet Jeditz durchaus annehmbar. Besonders erfreut ihn, daß durch die geplante Tabaksteuer der spätere Uebergang zum Monopol, wenigstens für die Zigaretten, nicht verzahrt ist. Er hofft, daß die Widerstände, die sich auch gegen die Verkehrsabgaben geltend machen würden, überwunden und die Steuern gut unter Dach gebracht werden.

Weniger hoffnungsvoll sieht der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Vöttger den Verhandlungen über die neuen Steuern entgegen. Aus den Preßstimmen über die Steuerentwürfe hat er ein klares Bild über die Haltung der großen Parteien, in erster Linie des Zentrums und der Sozialdemokratie, nicht gewinnen können. Aufgefallen sei nur die Behauptung eines führenden Zentrumsblattes, daß die Sozialdemokratie entschlossen sei, außer der Kriegsgewinnsteuer alle anderen Steuerpläne der Regierung glatt zu verwerfen. Träfe diese von anderer Seite bestrittene Meldung zu, dann solle dem Zentrum als der zweitstärksten Partei im Reichstage die Aufgabe und Verantwortung zu, um einen brauchbaren Kern von Finanzvor schlägen eine ausreichende Mehrheit zu gruppieren. Bis zum Frieden dürfte die Schaffung neuer Steuern unter keinen Umständen aufgeschoben werden. Ein solches Ausweichen würde in jetziger Zeit eine schwere Schädigung des Reichsinteresses und des Staatsgedankens bedeuten. Vöttger ist mit der Kriegsgewinnsteuer ohne weiteres einverstanden. Auch gegen die anderen Steuern wendet

er wenig ein; gleichwohl aber glaubt er, daß im Reichstage die Dinge nicht so glatt laufen:

„Selbst an der Kriegsgewinnsteuer, über deren Zweckmäßigkeit keine Meinungsverschiedenheit besteht, werden sich die Gemüter erhitzen und entzünden. Bei manchem wird die Enttäuschung, daß die Besteuerung nicht den gesamten oder doch drei Viertel des Kriegsgewinns auffaßt, daß die Erbschaften und der Grundbesitz nicht in gleicher Weise wie das mobile Kapital, wie Handel und Industrie herangezogen werden, scharfe Vorwürfe und Entschlüsse zeitigen, und es wird schon hierbei vieler Ausgleichsarbeit der Mittelparteien bedürfen, damit die Steuerergänzung nicht im Sande verläuft. Weht man da mit flauem, nicht bis zum Ende reichenden Willen an die übrigen Pläne des Reichshaushalts, die erheblich schwieriger und gefährdeter sind, an die Tabaksteuer, an Quittungs- und Produktionssteuern und an die Reichsboothose zu den Postgebühren heran, so ist wenig für die Mehrung der Reichseinnahmen zu hoffen.“

Vöttger setzt seine ganze Hoffnung auf die Geschicklichkeit des Reichshaushaltssekretärs, der es versteht, verwinkelte Finanzprobleme einfach und schmerzhaft darzustellen und mit den Parteien umzugehen. Im übrigen hält Vöttger die Finanzreform für dringender geboten, sonst gerate das Reich in Selbstbetrug und schlechte Wirtschaft hinein.

Phantastiepreise für Rindvieh.

Der Profit, der von der Landwirtschaft während des Krieges erzielt wird, ist andauernd im Steigen begriffen. So berichtet die agrarische „Wölbinger Zeitung“ von der 51. Zuchtvieh-auktion der westpreussischen Herdbuch-Gesellschaft:

„Die Preise schnellten sprunghaft und ergielten eine Höhe, wie bisher noch niemals seit Bestehen der Herdbuch-Gesellschaft. Röhre brachten bis zu 1200 M., Färken bis zu 1150 M. und Küllen bis zu 4650 M.“

Die Verkäufer haben also außerordentlich hohe Gewinne eingeheimst.

Eine eigenmächtige Kammeränderung hat sich der Druckfehlerverkauf in unserer gestrigen Nummer erlaubt. Der Verfasser des Artikels „Opferwilligkeit“ in der „Postischen Zeitung“, den wir an erster Stelle in der Politischen Uebersicht zitierten, heißt nicht Knabe, sondern Karsten Knab.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Mainz, in der Genosse Dr. David referierte, nahm eine Resolution an, in der der Standpunkt der Mehrheit der Reichstagsfraktion gebilligt wird. Die Resolution besagt u. a.: „Solange die feindlichen Mächte nicht zu einem Frieden bereit sind, der die politische Unverletzlichkeit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit verbürgt, kann das Ziel seiner Sicherung nicht als erreicht gelten, solange bleibt die Verteidigung des Vaterlandes das höchste Gebot der Stunde.“

Die Resolution gibt dann dem Dank und der Bewunderung Ausdruck für die Leistungen unserer Truppen und fährt dann fort: „Die Versammlung beurteilt das Vorgehen der Fraktionsminderheit aufs schärfste. Eine die innere Einheit der sozialdemokratischen Partei und des deutschen Volkes zerschneidende Politik fördert nicht die Friedensgeniegtheit bei unseren Gegnern, sondern belebt deren Hoffnungen auf den endgültigen Sieg; sie dient darum nicht dem Frieden, sondern verlängert den Krieg.“

„Die Versammlung anerkennt die von der Reichstagsfraktion entfaltete energische Tätigkeit zur Befestigung der inneren Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelverteilung. Sie erwartet, daß die Regierung durch rücksichtsloses Durchgreifen dem Treiben gewissenloser Profitjäger endlich ein Ende macht.“

Eine Mitgliederversammlung der Parteiorganisation im 12. badischen Reichstagswahlkreis, die in Heidelberg stattfand, beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage der Partei. Genosse Abg. D. Ged. Mannheim referierte zu dem Thema. Das Ergebnis der Aussprache war die nahezu einmütige Zustimmung der Versammlung zum Standpunkt des Referenten. Das Vorgehen der Minorität der Reichstagsfraktion, und insbesondere der Viehweidgruppe, wurde zurückgewiesen.

Bäckerinnungen und Gesellenlöhne.

Schon im August 1914, also unmittelbar nach Ausbruch des Weltkrieges wandte sich im Auftrage der Berliner Verwaltung des Bäckerverbandes der Gauleiter Heyshold an den Vorsitzenden des Zweverbandes der Bäckerinnungen, Obermeister Fritz Schmidt mit dem Ersuchen, eine Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen, um dem damals einsetzenden Druck auf die Gesellenlöhne entgegenzuwirken, kurz, eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Verband herbeizuführen. Aber der Obermeister hielt es nicht einmal für notwendig, auf dieses Gesuch zu antworten. Mittlerweile konnten die Gesellen infolge des großen Gesellenmangels ihre Löhne nicht unwesentlich erhöhen. Leider steht die Erhöhung der Löhne noch lange nicht im richtigen Verhältnis zu der Verteuerung der Lebenshaltung. Die Löhnerhöhung beträgt nach den Angaben des paritätischen Arbeitsnachweises für 1915 gegen das Vorjahr durchschnittlich etwa 9 M., oder 38 Proz. Die Kosten der Lebenshaltung sind aber schlecht gedeckelt, in dieser Zeit um das Doppelte und mehr gestiegen, so daß eigentlich die Gesellenlöhne nicht bloß keinen Vorteil, sondern eher einen nicht unbedeutlichen Lohnausfall zu buchen hätte. Nichtsdestoweniger scheint aber den Bäckerinnungen auch diese Löhnerhöhung, die doch angeht über den viel besseren Verdienstmöglichkeit der Bäckermeister nur allzu gerechtfertigt, ein Dorn im Auge zu sein und sie versuchen alles, um die Löhne wieder herabzubringen.

Schon zu Anfang dieses Jahres hatten sich einige Vorortinnungen an das Generalkommando mit dem Verlangen gewandt, den Bäckerinnungen Kriegsgefangene oder Kriegsbefähigte in größeren Massen zuzuwenden, oder die Reklamationen der Bäckermeister in großem Umfang, möglichst generell bewilligen zu wollen. Auf eine Nachfrage an den märkischen Arbeitsnachweis mußte schon damals erwidert werden, daß zurzeit nicht bloß kein Gesellenmangel bestehe, sondern daß durch die Beschränkung in der Konditorei und in Zuckern- und sonstigen Teigwarenfabriken herbeigeführt, ein sehr erhebliches Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden ist.

Am 26. Januar wandte sich im Auftrage des Bäckerverbandes Gauleiter Heyshold in einer längeren Abhandlung gegen die Verhinderung der Bäckerinnungen, den Gesellen ganz allgemein Lohnverweigerer, begünstigt durch Gesellenmangel, vorzuwerfen.

Kun scheint besonders die Bäckerinnung zu Berlin auf einen ganz neuen Erid verfallen zu sein. Am 25. und 26. Februar konnten wir folgendes Inserat in der „Morgenpost“ lesen:

„50 Bäckerstellen und 30 Werkmeister werden sofort angenommen. Wöchentlich Verdienst: Werkmeister 56 Mark, Knecht mit Schieber 45 Mark, 3. Gesellen 37 Mark. Zu melden: Krautstraße 8, Bäckerinnung Germania.“

Dieses Inserat ist in mehr als einer Hinsicht bezeichnend. Es soll zunächst den Anschein erwecken, als besteshe ein Mangel an Arbeitern, während doch in Wirklichkeit, besonders nach den letzten

Einschränkungen des Professionsums — Verminderung der Profikarte und Einschränkung der Zulassarten, sowie der Einschränkung in Konditionen und Teigwarenfabriken — ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden ist, das sich der Zweverband der Bäckerinnungen auch sofort zunutze zu machen wußte, wie folgende Bekanntmachung in der Nr. 7 der „Bäckerinnungszeitung“ vom 18. Februar 1916 zeigt. Dort heißt es:

„Da in unserem Innungs-Gesellenverzeichnis wieder reichlich Arbeitskräfte vorhanden sind, ist es Pflicht jedes Kollegen, nur unseren Arbeitsnachweis in der Krautstr. 38 zu benutzen; ebenso gilt das für Konditionen ebendort.“ ...

Also nach der Bäckerinnung waren am 18. Februar reichlich Arbeitskräfte vorhanden, und es mußte auf die Bäckermeister wieder ein Druck ausgeübt werden, um den paritätischen Arbeitsnachweis besser unterbrücken zu können; am 25. und 26. Februar aber suchte man durch Inserate eine verhältnismäßig große Menge von Gesellen. — Was geht hier vor?

Nach Angaben des Arbeitsvermittlers im paritätischen Arbeitsnachweis für das Bäckerhandwerk meldeten sich zu damaliger Zeit zu jeder zu besetzenden offenen Stelle etwa sechs und acht Bewerber. Es lag also zu dem Inserat der Innung nicht bloß kein Bedürfnis vor, sondern dies war für die Gesellen direkt gefährlich. Es mußte, wenn es wirklich war, die ohnehin schon mehr als große Arbeitslosigkeit der Gesellen noch außerordentlich vergrößern.

Dabei muß bemerkt werden, daß die Lohnangaben im Innungsinsert in krassen Widerspruch zu den Löhnen stehen, die nach Angaben des paritätischen Arbeitsnachweises im Jahre 1915 wirklich bezahlt wurden.

Nach dem Innungsinsert sollen die Werkmeister wöchentlich 56 M. verdienen. Nach dem Jahresbericht des paritätischen Arbeitsnachweises für 1915 jedoch hatten von 349 vermittelten Werkmeistern 343 einen geringeren Lohn als 56 M., 247 verdienten noch weniger als 50 M. die Woche und nur sechs hatten 56 und mehr Mark die Woche.

Wie es aber bei den Werkmeistern ausfiel, so ähnlich sah es bei den Knechten und dritten Gesellen aus.

Wenn die Innung mit aller Gewalt den Anschein zu erwecken sucht, als seien die Gesellenlöhne ungebührlich gesteigert worden, so muß demgegenüber deutlich darauf hingewiesen werden, daß nach dem Jahresbericht des paritätischen Arbeitsnachweises für das Bäckerhandwerk zu Berlin der Durchschnittslohn von 28,97 im Jahre 1914 auf 38,55 im Jahre 1915, also um etwa 33 Proz. gestiegen ist. Eine Steigerung, die angesichts der gewaltigen Verteuerung doch nur allzu berechtigt ist. Der Bäckerinnung mag sie wohl doch noch viel zu hoch sein und sie sucht die Löhne nun auf Umwegen herabzubringen, indem sie künstlich die Arbeitslosigkeit zu vergrößern sucht. Aber haben die Bäckerstellen nicht bisher schon jeden, auch den kleinsten Vorteil nur gegen den erbitterten Widerstand dieser Innungen sich erzwingen müssen?

Aus Groß-Berlin.

Is das wahr?

Eine Korrespondenz schreibt: Auf den ausgedehnten Kiefernfeldern um Groß-Berlin kann man die Beobachtung machen, daß dort gewöhnliches Gras angebaut wird. Bewundert sind wir oft mündlich und schriftlich gefragt worden, ob jetzt in Kriegszeiten ein so ausgedehnter Anbau von fast wertlosem Gras angebracht erscheint, wo Kartoffeln, Grünkohl, Spinat, Mohrrüben und anderes Gemüse nicht nur knapp, sondern auch noch sehr teuer sind, jedenfalls mehr einbringen und wertvoller sind, als Gras, das nach den Angaben der Einsender aus Weihensee, Lichterfelde, Wixtenrade, Spandau, Oriz, Reußkolln usw. in vielen Fällen draußen auf dem Felde verkauft. Wir sind leider nicht in der Lage, die Gründe anzugeben, weshalb die Güter statt Kartoffeln und Gemüse in großen Mengen Gras anpflanzen, das heute, wo die Molkeereien in Berlin genügend Mägenabfälle verfüttern können, nur ganz geringen Wert besitzt.

Der Fall Schellpfeffer.

Der Niederbarnimer Kreisaußschuß hat die Bestätigung der Wahl Schellpfeffers zum besoldeten Schöffen von Friedrichsfelde-Karlshorst abgelehnt. Gegen diese Entscheidung steht dem Abgewiesenen nun noch die Anrufung des Potsdamer Regierungspräsidenten oder des Oberverwaltungsgerichts frei. Der Protest gegen die Gültigkeit der Wahl Schellpfeffers stützt sich darauf, daß die Wahl nur mit einer Mehrheit von einer Stimme erfolgt ist und bei der Wahl Irrtümer vorgekommen sind. So wurde behauptet, daß der Beschluß der Gemeindevertretung ursprünglich dahin gelautet habe, daß das Schöffennamt nur mit einem Juristen oder einer Persönlichkeit besetzt werden sollte, die die zweite Staatsprüfung bestanden hat oder die Reife zum Richteramt besitzt. Alle diese Voraussetzungen treffen auf Schellpfeffer nicht zu, der Militärattaché war und Stadtsekretär beim Berliner Magistrat ist. Ferner haben die Einsprechenden nachgewiesen, daß die Sitzung des Wahlausschusses, die zum Vorschlage Schellpfeffers führte, nicht ordnungsgemäß einberufen worden war. Aus allen diesen Gründen hat der Kreisaußschuß der Wahl Schellpfeffers die Bestätigung verweigert. Sofort Schellpfeffer gegen diesen Entscheid nicht Einspruch erhebt, ist damit der Konflikt erledigt. Die Friedrichsfelder Gemeindevertretung wird sich schon in den nächsten Tagen mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Sie hat eine Reuwahl für den nach Berlin verziehenden Berliner Stadtkreier vorzunehmen und darüber Beschluß zu fassen, ob sie sich ebenfalls bei der Entscheidung des Kreisaußschusses beruhigen und demzufolge eine neue Schöffennwahl vornehmen soll oder ob sie es mit Schellpfeffer auf ein Verwaltungsstreitverfahren ankommen lassen soll.

Der Arzt will bar Geld sehen.

Schon öfter wurde im „Vorwärts“ an Beispielen gezeigt, daß manche Ärzte bei Unbemittelten sofortige Bezahlung fordern. So ist es jetzt wieder einer in Lichtenberg wohnenden Krankerfrau ergangen, die wegen Magenkrämpfen zur Nachtzeit einen Arzt herbeiholen lassen mußte. Der Sohn, den sie mit diesem Auftrage aus sandte, hatte Glück: Von dem dritten Arzt fand er Gehör. Ein zunächst aufgewachter Arzt ihrer Krankenkasse war nicht zu Hause; bei einem anderen Arzt erklärte das Dienstmädchen, zu einem Kassenmitglied könne der Herr Doktor nicht kommen; ein dritter aber wurde zu Hause angetroffen und kam ohne weiteres mit. Die Kranke lag im Bett und wand sich in Schmerzen. Als der Arzt bei ihr eintrat, fragte er: „Sind Sie in einer Kasse?“ — Sie nannte ihm die Kasse, der sie angehört. — „Sind Sie der Mann?“ wandte er sich an den knapp achtzehnjährigen Sohn. Für ihn antwortete die Mutter: „Mein Mann ist seit dreizehn Monaten eingezogen.“ — „Sie müssen mir“, sagte der Arzt, „10 M. zahlen.“ Er war also keiner der für ihre Krankenkasse tätigen Ärzte. Was sollte die Mutter tun? Sie wies den Sohn an: „Gieb dem Herrn Doktor die 10 Mark.“ Der Sohn holte aus dem Nebenzimmer das Geld und überreichte es dem Arzt — und dann schritt dieser zur Heilleistung. —

Am folgenden Tage gab es übrigens bei der Krankenkasse eine Beanstandung, weil dem Kassenmitglied auf das gezahlte Nachtbesuchshonorar eigentlich nur vier Mark zurückerstattet werden sollten. Man war über die Höhe des Honorars verwundert und ließ erst mal bei dem Herrn Doktor anfragen, ob da nicht ein Irrtum vorliege. Doch der

Arzt antwortete kurz: „Es ist kein Jecurum“. Das Mitglied erhielt zu nächst nur vier Mark zurück, nach einigen Wochen aber wurden auch die übrigen 6 M. zurückgezahlt. Ob inzwischen eine Auseinanderlegung mit dem Arzt erfolgt war, entzieht sich unserer Kenntnis.

Anmeldung der Benzinvorräte.

Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des Paragraphen 9b des Gesetzes über den Verlagerungszustand vom 4. Juni 1881 bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg, daß jeder, der Benzin aus dem Auslande und über die deutsche Grenze gebracht hat, die von ihm eingeführte Menge mit Angabe von Herkunft und Stützorten sowie der Inspektion des Kraftfahrwesens mitteilt, ohne Rücksicht darauf, daß die eingeführten Mengen auch von den Grenzollnägern angezeigt werden.

Ein unauferklärter Selbstmord beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Nacht zum Dienstag gegen 1 1/2 Uhr sprang vor dem Grundstück Halle'sches Ufer 2 ein Mädchen in die Spree, ging unter und ertrank. Rettungsversuche blieben erfolglos. Beim Absuchen des Gewässers fand man nun einen Samtmuff, der ein Taschentuch, mehrere Schlüssel und ein Notizbuch mit dem Namen Heinze in Zittau enthielt. Die Kriminalpolizei hat jetzt festgestellt, daß die Ertrunkene eine 20 Jahre alte Martha Auguste Heinze war, die in Zittau in der Burgstr. 10 bei ihren Eltern wohnte und diese in der vergangenen Woche verlassen hatte. Was sie dazu bewog und weshalb sie ins Wasser ging, ließ sich noch nicht aufklären.

Einem Betriebsunfall zum Opfer gefallen ist die 20jährige Arbeiterin Martha Berg aus Königsrüsterhausen, die in der Maschinenfabrik Oberschöneweide beschäftigt war. Dort hatte sie vor einigen Tagen einen Unfall erlitten, der anscheinend keine ernsteren Folgen hatte. Später verkränkte sich das Befindensein des Mädchens, so daß sie nach dem Kreiskrankenhause zu Königsrüsterhausen gebracht werden mußte. Dort ist die B. nun an innerer Verblutung gestorben.

Ein tödlicher Betriebsunfall hat sich in der chemischen Fabrik von Müller in der Gartenstraße in Weihensee ereignet. Dort war seit dem 1. Februar der 18jährige Handlungsgehilfe Willi Marquardt aus der Wörthstr. 7 als Arbeiter beschäftigt. Er sollte die Transmissionswelle im Trockenraum öfen, ging dabei aber vorwärts, wodurch er die Welle, indem er die Maschine nicht außer Betrieb setzte. Er beugte sich vielmehr über die im Gange befindliche Maschine und ließ die Welle auf die Lager. Dabei wurde seine Kleidung von der rotierenden Welle erfaßt, er selbst hochgerissen und mehrere Male herumgeschleudert. Dabei wurde der Bedauernswerte zwischen die Welle und die Mauer des Raumes gepreßt und vollständig zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Bei dem Unfall wurde die Schutzvorrichtung, die sich in vorgeschriebenem Zustande an der Maschine befand, heruntergerissen. Fremdes Verschulden liegt nicht vor.

Auf dem Eise tödlich verunglückt sind gestern nachmittags die 11 und 12 Jahre alten Knaben Fritz Giedel aus der Wöhlstr. 21 zu Schönberg und Fritz Grund aus der Zwinglstr. 21. Die Knaben brachen auf dem „Rausen Graben“ in der Nähe der Löwenbrücke ein und ertranken. Ihre Leichen wurden gestern spät abends geborgen und nach dem Schauhause gebracht.

Der Verkehr auf den märkischen Wasserstraßen soll jetzt größer sein, als in Friedenszeiten. Besonders die Talschiffe sind heute lohnend. Die Fahrzeuge können die Laderäume voll ausnützen, sie erhalten hohe Frachten und führen meistens Metalle, Kohlen und Getreide. Es sind Frachten von 62 Pf. für 100 Kilogramm von Koefel bis Berlin (Osthafen) bezahlt worden.

Der königliche Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 5. März, von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr, das Botanische Museum von 11—2 nachmittags dem allgemeinen Besuch geöffnet. — Kinder unter zehn Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt.

Aus den Gemeinden.

Aus der Neuköllner Schuldeputation.

Die Schuldeputation hat entsprechend einem Antrage der Gesundheitskommission in ihrer letzten Sitzung beschlossen, für die Lehrerinnen in den Gemeindefschulen kurz gefasste geeignete Unterrichtsmaterial zu beschaffen, um an der Hand dieses in den oberen Klassen auffüllend über die Ansteckungsgefahr bestimmter Krankheiten zu wirken. In der Angelegenheit betreffend die Verhaftung der Großstadtjugend soll der Magistrat ersucht werden, brachliegende Veränderungen der Stadtgemeinde unentgeltlich den Gemeindefschulen zur Verfügung zu stellen, damit diese Veränderungen unter der Aufsicht von Lehrkräften von den Schülern wirtschaftlich ausgenutzt werden können. Ferner soll vom königl. Amtsgericht Neukölln Auskunft darüber erbeten werden, in welchem Umfang gerichtliche Verurteilungen schulpflichtiger Kinder während der Kriegszeit stattgefunden haben.

Weihensee ohne Kartoffeln.

Zum großen Bedauern mußte gestern festgestellt werden, daß in ganz Weihensee bei den Gändlern sowohl wie bei der Gemeinde keine Kartoffeln zu haben waren. Frauen und Kinder ziehen von einem Geschäft zum anderen, um Kartoffeln zu kaufen, aber überall erfolgt Ablehnung. Was das für einen Industrieort zu bedeuten hat, kann man sich ausmalen. Sollte denn wirklich kein Mittel vorhanden sein, diesen Zustand zu befeitigen? Trotz der so oft gepriesenen Ueberproduktion an Kartoffeln diese Knappheit, das verstaube, wer will.

Gemeindevertreterwahl in Tegel.

Das Interesse an der diesjährigen Wahl beschränkt sich auf den 2. Bezirk, in dem wiederum Genosse Karl Radunz aufgestellt worden ist. Außerdem gibt es noch im 1. Bezirk eine Anzahl Wähler, die im 2. Bezirk ihr Wahlrecht ausüben haben. Die Wahl findet auf Grund der vorjährigen Wählerliste statt, es ist deshalb jeder, der am 30. Januar 1915 24 Jahre alt war und damals im 2. Bezirk wohnte, wahlberechtigt, auch wenn er inzwischen verzoogen ist. Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl ist, daß er überhaupt in der Wählerliste steht. Die Wahl findet heute Donnerstag von 2 bis 7 Uhr im Restaurant von Hammeid, Tegel, Hauptstraße, statt. Legitimation (Steuerkarte) ist mitzubringen. Jeder Parteigenosse muß sein Wahlrecht ausüben.

Beschluß des Wahlvereins Steglitz.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich mit der Stellungnahme der Reichstagsfraktion und dem Beschluß der Vorsitzendenkonferenz des Reichstags-Teltow-Beetzow. — Wegen eine Stimme wurde der in Trepelow angenommene Resolution zugestimmt, die sich mit dem Vorgehen der 20 Abgeordneten der Widerrechtlichkeit einverstanden erklärt, sich gegen die öffentliche Stellungnahme der Vorsitzendenkonferenz und die erteilende Berichterstattung darüber äußert und die Einberufung einer Kreisgeneralversammlung fordert.

Soziales.

„Gewinnbeteiligung“ der Arbeiter.

Um tüchtige Arbeitskräfte an seinen Betrieb zu fesseln, hat Vätermeister Müller, Inhaber der Großbäckerei „Nordstern“, vor einigen Jahren die Einrichtung getroffen, daß 50 Proz. des Reingewinns den Arbeitern zugute kommen

sollen. Diese Einrichtung wurde aus Anlaß einer Klage in den beiden letzten Sitzungen des Innungsschiedsgerichts beleuchtet. Dabei ergab sich folgender Sachverhalt:

Ogleich der Gewinnanteil ohne Zweifel als ein Teil des Arbeitslohnes anzusehen ist, wird er den Arbeitern nicht ausgezahlt, sondern am Jahresanfang — gutgeschrieben. Der Gewinnanteil steht also rein fäulderlich im Buche. Ihn als bares Geld in die Hand zu bekommen, ist den Arbeitern ungebührlich schwer gemacht. Dagegen ist es sehr leicht, den vollen Anteil zu verlieren. In dem Statut der Gewinnbeteiligungseinrichtung wird unter anderem bestimmt, daß der Arbeiter seines Gewinnanteils verlustig geht, wenn er gewissenlos arbeitet, wenn er wegen Arbeiten gegen seine Mitarbeiter oder Achtungserziehung gegen den Betriebsleiter entlassen wird, wenn er sich an einem Streik beteiligt oder das Arbeitsverhältnis nicht ordnungsmäßig löst. Aber selbst nach einer ordnungsmäßigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bekommt der Arbeiter seinen Gewinnanteil noch lange nicht, denn das Geld ist für den Bau einer Väterei bestimmt. Es ist zu diesem Zweck antragend angelegt, und der Arbeiter kann seinen Anteil nicht vor dem Jahre 1924 kündigen. Wie leicht man seinen Anteil verlieren kann, wenn es nur nach den Bestimmungen der Müller'schen Gewinnbeteiligung ginge, dafür ist der Fall des Klägers ein sprechendes Beispiel. Der Kläger hat neun Jahre in der Müller'schen Väterei gearbeitet. Kürzlich bekam er Streit mit einem Mitarbeiter und gab deshalb die Arbeit auf. Das war sein gutes Recht, denn eine Kündigung bestand im Betriebe nicht. Aber Vätermeister Müller meint, der Kläger habe keinen Grund gehabt, aufzuhören. Also habe er das Arbeitsverhältnis nicht ordnungsmäßig gelöst und deshalb nach den Bestimmungen der Gewinnbeteiligung den Anspruch auf seinen Gewinnanteil verloren. Die Auszahlung des Anteils, der sich auf 300 M. beläuft, wurde denn auch verweigert, und der Arbeiter sah sich genötigt, beim Innungsschiedsgericht auf Zahlung zu klagen. Hier berief sich der Beklagte auf sein Gewinnbeteiligungsstatut. Als ihm der Vorsitzende zu bedenken gab, daß man so einseitige Verträge als gegen die guten Sitten verstoßend ansehen könnte, erwiderte der Beklagte in pathetischem Ton, diese Einrichtung sei hochfittlich, denn sie mache die Arbeiter zu Mitbesthern des Geschäfts. Von seinen 38 Gesellen seien viele zum Militär einberufen, er habe nur ungenügenden Ersatz für dieselben gefunden und von seinen alten Gesellen nur noch drei zuverlässige behalten. Einer von diesen sei der Kläger. Der habe gegen die guten Sitten verstoßen, indem er diese Situation benutzte, um die Arbeit niederzulegen. Dadurch sei die Erziehung des Geschäfts, welches 10 000 Menschen mit Brot versorge, gefährdet.

Das Schiedsgericht stellte sich natürlich nicht auf den Standpunkt des Beklagten. Nachdem dieser einen Vergleichsvorschlag, wonach er dem Kläger 150 M. zahlen sollte, ganz entschieden abgelehnt hatte, wurde er zur Zahlung der vollen 300 M. an den Kläger verurteilt. Das Urteil wurde so begründet: Der Vertrag verstoßt gegen die guten Sitten. Der Kläger war viele Jahre im Betriebe des Beklagten tätig. Daraus ergibt sich, daß er der Firma treu und redlich seine Dienste geleistet haben und ein zuverlässiger Arbeiter sein muß. Es ist demnach unbillig, den Kläger seines Gewinnanteils verlustig zu erklären.

Gerichtszeitung.

Verurteilung des Prozesses Bod.

Der Prozeß gegen den Rektor a. D. Bod mußte gestern auf unbestimmte Zeit vertagt werden.

Der Angeklagte war wegen Krankheit nicht erschienen. Nach Auskunft des mit der Untersuchung des Angeklagten beauftragten beamteten Arztes ist Rektor Bod herzleidend, unterernährt und vorgestern zweimal in Ohnmacht gefallen. Er ist deshalb verhandlungsunfähig. Da es als unbestimmt hingestellt wurde, wann der Angeklagte wieder verhandlungsfähig sein wird und der Nebenkläger Kriminalkommissar Foussaint, der als Oberleutnant zum Heer eingezogen ist nach Disprechen zurückkehren muß, sog das Gericht vor, die ganze Sache zu vertagen.

Zuchtslosigkeit.

Eine gewiß recht eigenartige Methode, der Zuchtslosigkeit der Jugend entgegenzutreten, wandte der Gutsinspektor Joseph Berger an, der auf dem schlesischen Rittergut Pecherm bei Prießbus den im Felde stehenden Gutsverwalter vertritt.

Waren da zwei Wägen über den Baum gesteuert und hatten Obst vom Rittergut geklaut, auch einiges, das in der Schnelle ihr Wagen nicht bewältigen konnte, in einen mitgebrachten Sack getan und fortgeschleppt. Das ward dem Inspektor gemeldet. Da ließ er zwei Knaben zu sich kommen, die er im Verdacht hatte. Beide bestritten den Diebstahl. Der Inspektor wollte aber ein Verständnis haben. Um dies zu erzwingen, legte er dem einen Knaben eine Kette um den Hals und schlug ihn. Dies Schicksal ereignete sich an einem Kinde brachte dem Inspektor eine Anklage und eine Verurteilung wegen Missetung durch die Strafkammer beim Amtsgericht Sagan ein. Auf 15 Mark lautete die Strafe. Trotz des der Art und Höhe nach niedrigen Strafmaßes legte der Beurteilte Revision ein. Das Reichsgericht verwarf diese am Montag.

Bestrafte weibliche Reugierde.

Unter der Anklage der Unterschlagung und der Verletzung des Briefgeheimnisses stand ein Frä. Ell W. vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Die Angeklagte war mit einem Frä. B. befreundet. Diese hatte den Verdacht, daß ihr wiederholte Briefe verschwand. Um nun festzustellen, wer von ihren Bekannten in Frage käme, ließ sie die B. von einem Bekannten einen Brief schreiben und legte diesen, ordnungsmäßig von der Post abgestempelt, Brief auf ihrem Korridor aus. Eines Tages war Frä. Ell W. bei ihr zu Besuch; da nach ihrem Weggange der Brief verschwunden war, machte Frä. W. Anzeige bei der Kriminalpolizei. Es erfolgte eine Hausdurchsuchung und der Brief wurde beschlagnahmt gerade in dem Augenblick, als die Angeklagte im Begriffe war, das corpus delicti im Feuer des Ofens verschwinden zu lassen. — Die Folge der weiblichen Reugierde war die jetzige Anklage. — Die Angeklagte hob zu ihrer Entschuldigung hervor, sie hätte erfahren, daß ihre Freundin in zarten Beziehungen zu einem Herrn stehe und dieses interessante Verhältnis hätte ihr keine Ruhe gelassen und infolgedessen hätte sie den Brief geöffnet. — Das Gericht erkannte auf 60 M. Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Die fahrbare Stadtlüche.

Durch die Strohen Köln bewegen sich seit kurzem mittags und abends fahrbare Stadtlüchen, die der Volksmund „Städtische Gulaschkanonen“ nennt. Auf einem Wagen ist eine Feuerung mit einem großen Kessel angebracht, der 300 Portionen a 1 Liter „Eintopfgerichte“ enthält. Jede Portion (meist mit gemahlenem Fleisch) wird zu 20 Pf. abgegeben. Der Judrang zu diesen „Gulaschkanonen“ ist außerordentlich stark, und die Stadterwaltung kündigt baldige Vermehrung an, damit das ganze Stadtgebiet berücksichtigt werden kann. Die Gerichte werden in eigenen Köchen der Stadt aus städtischen Lebensmittelvorräten hergestellt. Die Bedürftigkeit der die Speisen Abholenden wird nicht geprüft. Meist sind die „Kunden“ Kinder, die auf das Klingelglocken einer heranannahenden „fahrbaren Stadtlüche“ zu Dutzenden, mit Kannen und Töpfen bewaffnet, heranstürmen, um die dampfende kräftige Mahlzeit entgegenzunehmen. Auf diese Weise werden tausende Kinder gestärkt, die sonst nur mangelhaft ernährt wurden. Man hofft, binnen kurzem 10 000 Mahl-

zeiten täglich abgeben zu können, und wird nötigenfalls noch mehr „Gulaschkanonen“ in Betrieb stellen.

Lawinentastrophen in Tirol.

Die Lawinengefahr im Alpengebiet wächst ständig und fordert neue Opfer. Nach einer Meldung der „Zinnbrüder Nachrichten“ aus Meran sind auf dem Stifferjoch dreizehn Personen durch eine niedergegangene Schneelawine tödlich verunglückt. In Südtirol wurden sechs Personen von Lawinen getötet, mehrere schwer verletzt; einige werden noch vermisst. In Südtirol wurden 14 Personen getötet, mehrere vermisst und verletzt. Nähere Einzelheiten über diese neuen Lawinentastrophen liegen noch nicht vor.

Schwere Stutst eines Wirtschaftsinpektors. Eine schwere Stutst ereignete sich auf dem Gut Böpel bei Waldteufen (Kreis Mohrungen). Dort hat der Wirtschaftsinpektor Wunderlich den taubstummen Schweinefütterer Scheffler durch Schrottschüsse aus seiner Jagdflinte erschossen. Der Täter, der als ein dem Alkoholgenuß ergebenen Mann geschildert wird, ist verhaftet worden. Der Getötete hinterläßt seine Frau mit sechs zum Teil noch unterfertigten Kindern.

Zwei Knaben ertranken. In Weinsbülla bei Dresden sind zwei Knaben verunglückt, die mit anderen Kindern trotz Warnungen die dünne Eisdede eines Teiches betreten hatten. Die sechs und sieben Jahre alten Knaben Hermann und Willi Kaulig, deren Vater sich zurzeit im Felde befindet, brachen ein und ertranken.

Nach 41jähriger Zuchthausstrafe begnadigt. Der jetzt 70 Jahre alte frühere Waldarbeiter Ernst Weinmann aus Westerhof bei Göhrde war im Jahre 1874 wegen Mordes am Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden. Jetzt ist Weinmann nach Verbüßung einer 41jährigen Zuchthausstrafe vom Kaiser begnadigt worden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 488 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Stappen-Inspektion der 1. Armee.
Infanterie usw.: Garde 1. und 6. Garde-Regiment a. F.; 7. Garde-Infanterie-Regiment; 2. Garde-Res.-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment Alexander, Franz (f. Reserve-Inf.-Regt. Nr. 204), Elisabeth und Augusta; Garde-Füsilier-Regiment (f. Res.-Inf.-Regt. Nr. 204). Sehr-Infanterie-Bataillon (siehe Res.-Inf.-Regt. Nr. 204). Grenadier-, Infanterie- oder Füsilier-Regiment Nr. 11, 12, 13 (f. auch Inf.-Regt. Nr. 18), 14 bis einschließlich 17, 28 (f. Stappen-Inf. der 1. Armee und Rekruten-Depot (-Abt.) des 8. Armeekorps), 26, 27, 28 (f. Rekruten-Depot (-Abt.) des 8. Armeekorps), 31, 32, 33, 34, 35, 42, 44, 45 (f. Inf.-Radfahrer-Komp. der 1. Kav.-Div.), 47, 50, 54, 56, 57 (f. Inf.-Regt. Nr. 18), 59, 60, 61, 63, 65, 66, 69, 70, 71, 73, 75 bis einschließlich 82, 84 bis einschließlich 88, 90, 91, 95 bis einschließlich 99, 106 (f. Stappen-Inf. der 1. Armee), 159 bis einschließlich 169, 171, 172, 174, 176, 184, 186, 190, 198, 200, 202, 204, 206, 211, 215, 216, 217, 219, 220, 222, 225, 227, 228, 229, 234, 249 bis einschließlich 252, 254 bis einschließlich 258, 260, 263 bis einschließlich 268. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 10 (f. auch Inf.-Regt. Nr. 854), 24, 25, 26, 28, 34, 36, 46, 61, 62, 67, 61, 71, 72, 76 (f. auch Res.-Inf.-Regt. Nr. 69), 77, 80, 83, 85 (f. Res.-Inf.-Regt. Nr. 79), 93, 94, 95, 96, Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 4 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 849). Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 24 und 25. Besatzungs-Regiment Nr. 1 der Brigade Douffin (f. Inf.-Regt. Nr. 836). Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 23. Landw.-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 80 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 849). Landst.-Inf.-Bataillone: 3. Frankfurt a. O., Königsberg i. Pr., 2. Kosen, 1. Röhren, 2. Nowitsch, 2. Saarbrücken, 3. Tilsit. Landst.-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 2. Gera und Weillburg. Rekruten-Depot (-Abteilung) des 8. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 8 und 9; Reserve-Bataillone Nr. 2, 4, 16, 20. Infanterie-Radfahrer-Kompagnie der 1. Kavallerie-Division. Feld-Maschinengewehr-Büge Nr. 74 (f. Inf.-Regt. Nr. 18) und 120 (f. Inf.-Regt. Nr. 79).
Kavallerie: Schwere Res.-Reiter Nr. 8 (f. Feldfliegertruppe).
Dragoner Nr. 19. Ulanen Nr. 2; Reserve-Ulanen Nr. 1. Landw.-Kavallerie-Regiment Nr. 92.
Feldartillerie: Regiment Nr. 7, 9, 15, 18, 22, 24, 34, 43, 54, 56, 60, 64, 68, 103, 213; Reserve-Regimenter Nr. 9, 17, 25.
Fußartillerie: Regiment Nr. 1, 10, 11, 20. Fußartillerie-Batterien Nr. 240, 243, 818, 852. Mörser-Batterie Nr. 206.
Pioniere: Regiment Nr. 10, 20, 24, 25, 29, 31. Bataillone: I. Nr. 9, I. Nr. 11, II. Nr. 14, I. und II. Nr. 15, I. und III. Nr. 16, III. Nr. 23; Reserve-Bataillon Nr. 89; Ersatz-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 5 und 16. Pionier-Kompagnie Nr. 103; Res.-Kompagnien Nr. 44, 46, 79 (f. Res.-Pionier-Bataillon Nr. 89); 1. Landwehr-Kompagnie des 16. Armeekorps; 1. Landsturm-Komp. des 4. Armeekorps. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 10, 117, 216, 252, 277. Landsturm-Pionier-Part.-Kompagnie Nr. 18 (f. Pionier-Regt. Nr. 25).
Verkehrstruppen: Eisenbahn-Regiment Nr. 1 (f. Feldfliegertruppe). Eisenbahnbau-Kompagnie Nr. 26; Reserve-Eisenbahnbau-Kompagnie Nr. 10. Festungs-Eisenbahn-Betriebskompanie Nr. 1. Fernsprech-Abteilung des 1. Armeekorps. Festungs-Fernsprech-Abteilung Posen. Feldpost-Schifftruppe. Feldfliegertruppe. Stappen-Kraftwagenpark Nr. 8.

Train: Fuhrparkkolonne Nr. 306 (v. Fischer); Reserve-Fuhrparkkolonne Nr. 17. Stappen-Fuhrparkkolonne Nr. 11X der 12. Armee. Zentral-Verbedepot Nr. 5; Ersatz-Verbedepots des 15. und 20. Armeekorps.
Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 6 des 8. Armeekorps. Fußartillerie-Munitionskolonnen Nr. 205.
Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 5. Armeekorps; Res.-Sanitäts-Kompagnien Nr. 43 und 62. Feldlazarett Nr. 4 des 21. Armeekorps. Reserve-Lazarett Erfurt und 3 Lazarett-Stationen und Armierungs-Formationen: Fortifikation der Feste Wohen. Armierungs-Bataillone Nr. 26, 53, 55, 63, 69, 71, 72, 91, 95, 100, 111.
Kriegsbefehlungsamt des 5. Armeekorps.

Die sächsische Verlustliste Nr. 258 veröffentlicht die Liste V über die aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrten sächsischen Desertangehörigen (Austauschgefangene). Außerdem meldet sie Verluste der Infanterie-Regiment Nr. 101, 103, 104, 105, 107, 108, 139, 183, 192, 329; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 100, 102, 106, 107, 241, 243, 245; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 102, 103, 106, 107, 133, 350; Jäger-Bataillon Nr. 12. Fußartillerie-Regimenter Nr. 12, 19; Fußartillerie-Bataillone Nr. 27, 58; Reserve- und Landwehr-Fußart.-Bataillon Nr. 19; Ersatz-Bataillon Fußart.-Regt. Nr. 12; Batterie Nr. 123. Reserve-Fernsprech-Abt. Nr. 12. Eisenbahn-Bau-Kompagnie Nr. 7; Magaz.-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 65.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr, findet ein Wahlbildervortrag mit nachfolgender gelungener Unterhaltung in Frankes Resthause, Babstr. 19 statt. Zum Vortrag gelangt: „Das Riesengebirge.“ Willst du nicht nur für Mitglieder bei den Kassieren, Bezirksführern und Bezirksleiterinhabern zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

W. B. 100. Stellen Sie einen Antrag auf Befreiung von der Steuer. — Emma 36. Herabsetzung der Schäderte: landwirtschaftlich. — W. B. 100. Sie brauchen sich dabei auf keinen Paragrafen zu berufen, führen Sie die Tatsachen in der Reklamation an. — G. F. 18. 1. Sie haben Anspruch auf die statutenmäßigen Leistungen der Kasse. 2. Ja. — W. B. 0000. 1. und 2. Das ist uns nicht bekannt. Nachmilderung kann aber erfolgen. 3. Ja. — Jüterbog 9. Die Bezeichnung kennen wir nicht. —

W. B. 100. Die Frau kann nicht zur Annahme des Dienstes gezwungen werden; wenn sie aber keinen ausreichenden Grund zur Verweigerung hat, wird die Direktion ihr die Unterstützung entscheiden. — R. G. 71. Sie müssen die Steuern für die zwei Monate zahlen. — R. 13. 1. Sie müssen die Befichtigung der Wohnräume an den Sonntagen von 10—6 Uhr und an den Sonntagen von 12—3 Uhr gestatten. 2. Nein, die Erben treten in den Vertrag ein, sie können aber nach den für den Todesfall des Vaters vorgezeichneten Bestimmungen des Vertrages kündigen. — R. 13. Die Lösung der Strafen erfolgt auch in den Polizeistellen. — W. B. 57. Sie

Wann ich gegen die hochgelehrten Bestimmungen der Frau nur schämen durch eine Klage vor dem Schöffengericht, Sie müssen sie aber vorher vor den Schiedsrichter laden. — W. B. 25. 1. Ja, stellen Sie aber noch einen Antrag auf Befreiung. 2. Vereitelte Maßbestimmung; uns unbekannt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Günstig mild; im Osten trocken und vielfach heiter, jedoch etwas neblig. Im Westen trübe mit zahlreichen, im allgemeinen geringen Regenfällen.

LEIPZIGER

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Nur Donnerstag
Soweit Vorrat

Lebensmittel

Fische und Fleisch
nur Leipziger Str.
und Alexanderplatz

Fleisch

- Schmorfleisch m. Knochen, Pfd. 2⁰⁰
- Rinderkamm Pfund 1⁸⁰
- Querrippe Pfd. 1⁹⁰ Gulasch Pfd. 1⁹⁰
- Kalbskeule im ganzen Pfund 1⁸⁰
- Kalbsnierenbraten i. ganz. Pfund 1⁸⁰
- Kalbsvorderfleisch Pfund 1⁸⁰
- Kalbsaxe Pfund 1¹⁰
- Hammelfleisch Pfund 2⁴⁰
- Hammelkeule im ganzen ... Pfund 2³⁰
- Pökelschinken Pfund 1⁰⁰

Hammelfleisch 1⁶⁰

Obst

- Apfelsinen . . . Dutzend 85 Pf. 1⁰⁰ 1²⁰
- Boscop-Aepfel grosse, Pfund 40 Pf.
- Kochäpfel Pfund 25 Pf.
- Kochbirnen Pfund 25 Pf.

Mandarinen Pfund 45 Pf.

Wurstwaren

- Mettwurst nach Braunschw. Art Pfund 2⁴⁰
- Jagdwurst Pfund 2¹⁰
- Feine Leberwurst Pfund 2²⁰
- Landleberwurst Pfund 2⁰⁰
- Sülzwurst Pfund 1⁵⁰
- Kraftfleisch Dose 1⁰⁵

Marmeladen

- Gem. Marmelade Pfund 48 Pf.
- Stachelbeer-Konfitüre Pfd. 75 Pf.
- Gem. Marmelade Pfund 2⁴⁰
- Pflaumenkonfitüre Pfd. 3¹⁵

Räucherwaren

- Kieler Bücklinge Stück 10 Pf.
- Kiel. Sprottbücklinge 1/2 Pfd. 45 Pf.
- Sprotten 1/2 Pfund 50 Pf.
- Makrelbücklinge Stück 33 Pf.
- Fleckheringe Dose 35 Pf.
- Bratheringe Dose 2⁹⁰
- Bismarckheringe Dose ca. 100 gr. 1²⁵
- Hering in Gelee 1-Pfund-Dose 90 Pf.
- Sardinen Dose 50, 78 Pf.
- Sardinen Dose 75 Pf. 1⁰⁰

Anchovis Pfund 85 Pf.

Fische

- Lebende Schleie... Pfund 1⁸⁰
- Lebende Aale Pfund 1⁸⁰ 2⁴⁰
- Schellfisch Pfund 60, 75 Pf.
- Kabeljau im ganzen, ohne Kopf Pfund 68 Pf.
- Seelachs im ganzen, ohne Kopf Pfund 68 Pf.
- Merlan Pfund 55 Pf.
- Grüne Heringe mittelgroß Pfund 40 Pf.
- Seemuschele 100 Stück 35 Pf.
- Klippfisch Pfund 60 Pf.
- Salzfisch Pfund 40, 45, 50 Pf.

Fetteringe Pfund 35 Pf.

Gemüse

- Wirsingkohl Pfund 18 Pf.
- Kohlrüben gelbe Pfund 6 Pf.
- Schwarzwurzel ... Pfund 15 Pf.
- Schnittlauch in Töpfen, Topf 25 Pf.

Rote Rüben . Pfund 12 Pf.

Im 4. Stock Oberlichtsaal Leipziger Str.
Veranstaltung des „Berliner Hausfrauen-Vereins“ (Lina Morgenstern)
Donnerstag nachmittag 4 Uhr:
Vortrag des Herrn Gartenbau-Dir. Besser
Dozent an der Humboldt-Akademie Freie Hochschule
„Wo kann die Berlinerin Gemüse pflanzen“

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 26. Februar verstarb unser Vereingenosse
Max Zerm
Böhmishe Str. 10. 11. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuköllner Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
299/16 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.
Bezirk Pankow.
Am Dienstag, den 29. Februar, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Schlosser
Hermann Förster
im 41. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. März, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle des 3. Pankower Friedhofes, Schönholzer Heide, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
243/12 Die Bezirksleitung

Gewerkschaftshaus
Sonabend, den 4. März 1916:
Bunter Abend des Kantarvereins
□ □ Neukölln □ □
Sinfoniekonzert von Maximilian Fischer.
Die alkigen Hamburger Sänger und andere Vorträge.
In diesem Fest sind die Verbände vereine freundlichst eingeladen.
Sonntag, den 5. März 1916:
Frühlingsfeier
der Jugendsektion des Transportarbeiter-Verbandes.



Denkt an uns sendet
Galem Aleikum
Galem Gold
Sigaretten
Willkommenste Liebesgabe!
Preis No 3 1/2 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.
20 Stck. feldpostmässig verpackt portofrei!
50 Stck. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto!
Orient Tabak- u. Cigarettenfabr. Veridze Dresden
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen.
Trustfrei!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloßer
Max Zerm
Neukölln, Böhmishe Straße 10, am 26. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Nachruf.
Den Kollegen fern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloßer

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter
August Maler
von der Firma Dasse u. Brede am 28. Februar im Alter von 56 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. d. März, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Rogareth-Friedhofes in Reinickendorf, Berliner Straße, aus statt.
62/8 Die Bezirksverwaltung.

Wittwende:
Männerchor „Kamenlos“, Chorleiter Herr Thilo, Rezitation, Herr Richards, Mitglied des Deutschen Theaters, Festvortrag, Herr Redakteur P. Müller, Mandolinenkonzert der musik. Abteilung, Dirig. Herr Vorpahl.
Eröffnung 5 Uhr.
Im Mahagonisaal: Konzertfängerin Fr. Friedl, der Schpillen-Klaus und Ceppl als Dancemimant.
Sonntag mittag:
Bierländer Ente 1,00
Rostbeef 1,00
Hamburger Kalbssteak 1,00
Hammelfleisch 1,00
Kumpott, Salat 0,30
Käse 0,40, Speise 0,30
Heute und Sonnabend ein sehr billiger Schnellverkauf nicht unter 5 Pfund.
a Pfd. a Pfd.
Dosenfleisch, Miler 2,40
Hammelfleisch und Rind 2,40
Kalbssteak und Rindfleisch 2,00
Ein Posten Schinkenpied 1,80
Gr. Posten Salami, Teetouren, Cerealmilch 2,50—2,80
Halberstädter Leberwurst 2,00
Krautwurst, Gewerkschaftswurst 1,80

Emil Horn
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 146, am 26. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
112/19 Die Ortsverwaltung.

Am 28. Februar abends 11^{1/2} Uhr verstarb nach kurzem Leiden meine liebe, gute Frau, Mutter, Schwester und Schwägerin
Ida Vogel
geb. Glöckl 1928
im 51. Lebensjahre.
Dies gelien tiefbetrubt an
Reinhold Vogel u. Kinder,
Luiser Straße 82.
Beerdigung Freitag, 3. März, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Emmaus-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstr. 130/136.

Zum Ausschneiden!
Milfix
ANWEISUNG: Um einen Liter Magermilch herzustellen, nehme man bis zu 70 Gramm zum Gebrauch „Milfix“-Pulver und verrühre dasselbe mit derselben Gewichtsmenge Wasser (Un- garweinglas). Hat man durch Zerdrücken und Rühren einen knollenfreien Brei erzielt, so gebe man unter Umrühren allmählich den noch fehlenden Rest Wasser hinzu. — Man kocht das „Milfix“-getränk unter Umrühren mit kleiner Flamme auf. Zweckmäßig kann man beim Aufkochen einen Stich Butter zugeben. Das erkaltete „Milfix“ verwende man an Stelle von Sahne zum Kaffee oder Tee. — „Milfix“ darf man niemals wie Zucker zur Flüssigkeit geben, sondern man muß erst eine breiartige Lösung herstellen, die beliebig verdünnt werden kann. — 1 kg „Milfix“ ergibt 15 Liter Magermilch.
Zum Ausschneiden!

Gesangverein „Zukunft“ Niederschönhausen.
Am 28. Februar verstarb nach langem Leiden unser treues Mitglied
57/13

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kräftigung bei der Einäscherung meines lieben Mannes
Ferdinand Wohe
lage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie der Direktion, den Kollegen vom Gasbehälterbau der Vomas, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Sozialdemokratischen Arbeiterverein des 6. Kreises, Beg. 639a, meinen herzlichsten Dank.
129/1 Die trauernde Witwe nebst Kindern.
Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Ami Zentrum 7990.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesund- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lotzinger Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs- störung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—2 und 6—8